963

Spendenaufruf: Bäume für den Campus / Seite 12

UNI-REPORT

11. Juli 1984 JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT Jahrgang 17 · Nr. 9

Grünes Licht: Wissenschaftliches Zentrum für Umweltforschung

In den letzten Jahren wurde der Belastung unserer Umwelt in allen Lebensbereichen eine immer größere Beachtung geschenkt. Demzufolge hat sich der Bedarf an einer Erforschung dieser Umwelt unter ökologischen Gesichtspunkten immer mehr erhöht und das Interesse an Forschungsthemen auf diesem Gebiet ist auch an unserer Universität stark gestiegen.

Bereits im Jahre 1978 wurde auf Initiative des Wirtschaftswissenschaftlers Professor Dr. Werner Meißner der Vorschlag eingebracht, im Sinne des Hessischen Hochschulgesetzes ein „Wissenschaftliches Zentrum für Umweltforschung" zu errichten, in dem Forschungsaktivitäten auf diesem Gebiet koordiniert werden sollten. Obwohl der Ständige Ausschuß II für Organisationsfragen diesem Vorschlag seinerzeit bereits zugestimmt hat, kam der Beschluß in den darauffolgenden Jahren nicht zum Tragen, da die notwendige Mindestausstattung für ein solches Zentrum vom hessischen Kultusminister versagt wurde.

Mit Amtsantritt des jetzigen Präsidenten wurde ein „Referat für Umweltschutz" geschaffen mit dem unmittelbaren Ziel, dort die Aufgaben von Umweltschutzbeauftragten für Abfall, Abwässer und Abluft von universitätseigenen Einrichtungen zu koordinieren. Darüber hinaus wurden in diesem Referat auch Forschungsobjekte bearbeitet und Drittmittel eingeworben, die heute als ein, wenn auch bescheidener, Grundstock für die Ausstattung eines Zentrums für Umweltforschung angesehen werden können.

Die in dem Referat behandelten Forschungsthemen lagen alle auf dem aktuellen Gebiet der Chemie der Atmosphäre. Hierdurch ergaben sich bald Kontakte zu Wissenschaftlern der verschiedensten Fachbereiche, so daß sich in den vergangenen Jahren ein Kreis von Forschern gebildet hat, in dem über die Grenzen der einzelnen Fächer hinweg ein reger Austausch an Wissen und Methoden auf dem Gebiet der Umweltforschung gepflegt wird. Dieser interdisziplinäre Austausch ließ den Gedanken an die Errichtung eines „Wissenschaftlichen Zentrums für Umweltforschung" wieder aktuell werden.

Es wurde daher eine Ordnung für das Zentrum ausgearbeitet und in den Gremien der Universität diskutiert. Die endgültige Fassung lag am 4. 6. 1984 dem Organisationsausschuß zur Beschlußfassung vor und wurde dort einstimmig gebilligt. Die Vorlage des Präsidenten war mit dem Vorschlag verbunden, das bisher ihm unmittelbar unterstellte „Referat für Umweltschutz" als Teil einer Grundausstattung in das wissenschaftliche Zentrum umzusetzen.

Vorbehaltlich einer endgültigen Zustimmung durch den hessischen Kultusminister wird das wissenschaftliche Zentrum zukünftig zwei Hauptaufgabenbereiche haben. Zum einen sollen im Zentrum vorhandene Einrichtungen, wie etwa ein Gerätepark für umweltchemische Analysen, oder eine Bibliothek mit ökologischer Literatur zentral bereitgestellt und betreut werden. Zum anderen soll durch das Zentrum die Kooperation auf dem Gebiet der Umweltforschung im inneruniversitären sowie im nationalen und internationalen Rahmen wahrgenommen werden.

Laut vorliegender Ordnung wird aus den am Zentrum beteiligten Professoren ein Direktorium gebildet, dem außerdem noch Personen als korrespondierende Mitglieder angehören können, die auf dem Gebiet der Umweltforschung selbständig forschen und lehren. Dem Direktorium gehören außerdem je ein Vertreter der Studenten, der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der sonstigen Mitarbeiter an. Das Direktorium wird einen geschäftsführenden Direktor wählen, dem ein technischer Leiter zur Seite steht.

Ausgehend von den durch das „Referat für Umweltschutz" eingebrachten Forschungsvorhaben sollen in dem neuen Zentrum zunächst Umweltfragestellungen mit naturwissenschaftlichen Methoden bearbeitet werden. In einer späteren Phase wird angestrebt, auch geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer in die Forschungsprogramme mit einzubeziehen.

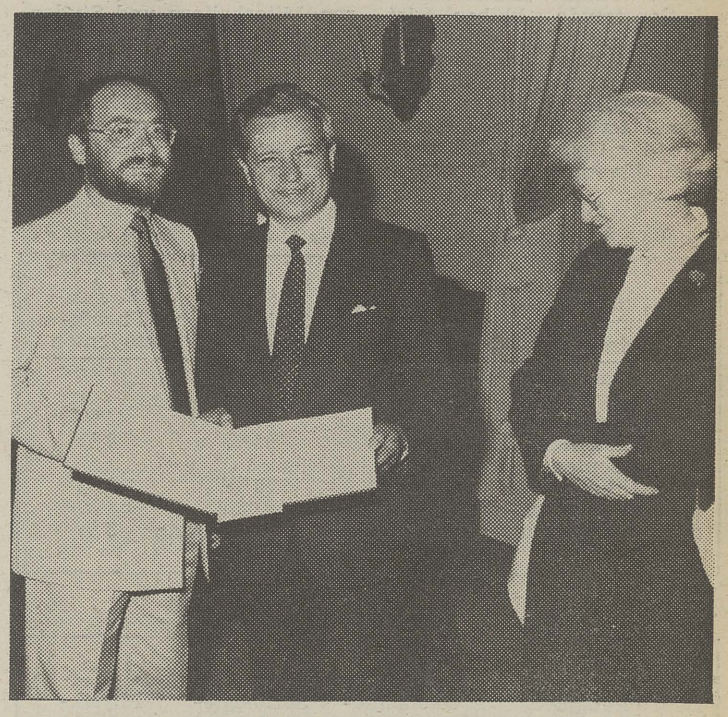
In der Startphase des Zentrums werden im wesentlichen drei neue Projekte in Angriff genommen.

Zunächst ist in Zusammenarbeit mit dem meteorologischen Institut der Universität Karlsruhe ein großes Feldexperiment auf dem Gebiet der Luftchemie mit dem Kurznamen „TULLA" in Vorbereitung. Dabei handelt es sich um die Erfassung des Transports und der Umwandlung von Luftschadstoffen in Baden-Württemberg und Anreinerstaaten. Die Abkürzung „TULLA", die sich durch geschickte Wahl von Anfangsbuchstaben aus dem Thema des Experiments zusammensetzen läßt, wurde zu Ehren von Johann Gottfried Tulla gewählt, der nach dem Vorbild der Pariser „Ecole Polytechnique" im Jahre 1807 in Karlsruhe eine Ingenieurschule gründete, aus der die heutige „Technische Universität" hervorging. Für das nach dem Karlsruher Universitätsgründer benannte Experiment „TULLA" wird z. Z. im „Zentrum für Umweltforschung" die Messung atmosphärischer Spurenstoffe mit Hilfe von Flugzeugen organisatorisch vorbereitet. Diese Vorbereitungen umfassen die Eichung der Meßinstrumente aller beteiligten Institute mit einem gemeinsamen Standard für Schwefeldioxid, Stickstoffmonoxid, Stickstoffdioxid und eines standardisierten Probenahme- und Analyseverfahrens für die partikelgebundenen Spurenstoffe Sulfat, Nitrat und Chlorid. Die Erfassung der meteorologischen Parameter, die während der Messung der genannten Spurenstoffe vom Flugzeug aus die Strömungsverhältnisse im Luftraum über Baden-Württemberg charakterisieren, werden von der Universität Karlsruhe in Zusammenarbeit mit dem Kernforschungszentrum Karlsruhe und der Landesanstalt für Umweltschutz, Baden-Württemberg, vorgenommen.

Ein weiteres Projekt, das in dem „Zentrum für Umweltforschung" in Angriff genommen wird, ist die Standardisierung von Methoden zur Probenahme und Analyse von Nebel und Wolkentropfen. Dieses Projekt soll im Auftrag des Bundesministers für Forschung und Technologie auf dem Gelände des Taunus-Observatoriums auf dem Kleinen Feldberg durchgeführt werden. Bei seiner Durchführung wird es zu einer engen Zusammenarbeit mit dem „Atmospheric Sciences Research Center" der „New York State University at Albany" kommen, da in diesem Institut eine große Erfahrung mit der Untersuchung von Wolken- und Nebeltropfen und ihrer möglichen Toxizität für die Vegetation vorliegt. Ein Vertrag, in dem die Modalitäten dieser internationalen Zusammenarbeit niedergelegt werden, wird z. Z. zwischen der New York -State-University at Albany und der Universität Frankfurt ausgearbeitet.

Als drittes Projekt soll ein Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der terrestrischen Ökotoxikologie in Angriff genommen werden. Es handelt sich dabei um die Untersuchung von Immissionsschäden im Frankfurter Stadtwald unter besonderer Berücksichtigung der Emission von Verbrennungsmotoren. Über dieses Projekt wurde im Uni-Report ausführlich berichtet. Unter Immission versteht man die Konzentration von Schadstoffen in einiger Entfernung von ihrer Quelle. Die dort meßbaren Gaskonzentrationswerte an sich geben jedoch keine Auskunft darüber, in welchem Maße die pflanzlichen Ober-

(Fortsetzung auf Seite 2)



Den Walter-Kolb-Gedächtnispreis für 1983 erhielt Dr. Thomas Darnstädt am 3. Juli aus der Hand von Bürgermeister Dr. Hans-Jürgen Moog (Mitte). Erste Gratulantin war die Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Frolinde Balser.

Foto: Heisig

Walter-Kolb-Preis für Thomas Darnstädt

Den Walter-Kolb-Gedächtnispreis, der jährlich für eine ausgezeichnete juristische Dissertation verliehen wird, erhielt für das Jahr 1983 Dr. Thomas Darnstädt für seine Dissertation „Gefahrenabwehr und Gefahrenvorsorge. Eine Untersuchung über Struktur und Bedeutung der Prognose — Tatbestände im Recht der öffentlichen Sicherheit und Ordnung". Der Walter-Kolb-Gedächtnispreis, den die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat 1957 gestiftet haben, soll dazu dienen, die Veröffentlichung hervorragender Dissertationen in Buchform zu ermöglichen und dadurch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der Preisträger wird jeweils vom Fachbereichsrat des Fachbereichs Rechtswissenschaft vorgeschlagen. Der Vorschlag muß vom Ständigen Ausschuß für Organisationsfragen, Angelegenheiten der Forschung und des wissenschaftlichen Nachwuchses gebilligt werden. Dieses strenge Auswahlverfahren hat auch Herr Dr. Darnstädt mit seiner hervorragenden Dissertation durchlaufen.

Die Arbeit von Herrn Dr. Darnstädt beschäftigt sich mit Prognoseproblemen, die sich im Zusammenhang mit der Gefahrenabwehr und Gefahrenvorsorge vor allem im Bereich des Immissionsschutzrechts und des Atomrechts stellen. Da Fehlprognosen gerade bei diesen modernen Sicherheitsrechten zu besonders weittragenden Gefahren führen können, erlangt eine zutreffende Prognoseentscheidung besondere Bedeutung. Dr. Darnstädt entwickelte unter Berücksichtigung der modernen wissenschaftstheoretischen Diskussionen eine neue überzeugende Systematik der Prognosetatbestände. Bei seinem interdisziplinären Vorgehen setzte er Erkenntnisse aus anderen Disziplinen in vorbildlicher Weise in die für den Juristen brauchbaren Kategorien um. Die Arbeit stellt deshalb einen grundlegenden und herausragenden Beitrag zu den Problemen der Gefahrenabwehr und Gefahrenvorsorge im öffentlichen Recht dar.

Ehrensenatoren

Der Senat der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main hat beschlossen, den Herren

Stadtrat Ernst Gerhardt

Dr. h. c. Walter Hesselbach

Prof. Dr. Dres. h. c. Fritz Neumark

in Anbetracht ihrer Verdienste um die Universität die Würde eines „Ehrensenators der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main" zu verleihen. Die Ehrungen werden während des Festaktes anläßlich des 70. Geburtstages der Universität, am 19. 10. 1984, vorgenommen.

Rückmeldung zum Wintersemester 1984/85

Die Rückmeldeunterlagen sind an alle Studierenden der Universität Frankfurt verschickt worden. Jeder Student, der sein Studium hier fortsetzen möchte, muß sich bis zum 1. September 1984 rückmelden. Die Mitarbeiter im Sekretariat bitten, sich möglichst frühzeitig rückzumelden, am besten noch vor den Semesterferien.

Das Sekretariat ist geöffnet: montags bis freitags von 8.30 bis 11.30 Uhr.

20.08.84
Stadt- u. Univ.-Bibl.
Frankfurt/Main

Kommunikationsstrukturen an der Universität

Ergebnisse einer empirischen Untersuchung in drei Fachbereichen

Daß die Massenuniversität dieser Tage kein Sozialsystem ist, in dem Kontakt- und Kommunikationsfreude blühen, ist jedem geläufig, der einer solchen Institution angehört. So unabweisbar dieser alltägliche Eindruck freilich ist, so naheliegend ist auf der anderen Seite der Gedanke, daß zwischen den einzelnen Fachbereichen diesbezüglich beträchtliche Unterschiede bestehen. So kann man beispielsweise vermuten, daß es von der Größe eines Fachbereichs abhängt, ob es den in ihm tätigen Professoren, Mitarbeitern und Studenten gelingt, die allseits vorhandenen Kommunikationsbedürfnisse wechselseitig zu befriedigen. Plausibel ist auch, daß die (unterschiedliche) Struktur der Studienorganisation einen Einfluß darauf hat, wie stark das Empfinden von Anonymität, Einsamkeit und Entfremdung ausgeprägt ist.

Tabelle 1: **Kommunikationsfrequenzen**

Kommunikationsfrequenzen	Fachbereich Ökonomiestudenten	Soziologiestudenten	Physikstudenten
es sprechen selten oder nie			
mit Professoren	71 %	58 %	44 %
mit Assistenten	54 %	62 %	7 %
mit Studenten des gleichen Fachs	3 %	5 %	2 %
mit Studenten anderer Fachrichtung	13 %	10 %	5 %

Tabelle 2: **Kommunnikations(un)zufriedenheit**

Beurteilung der Situation	Fachbereich Ökonomiestudenten	Soziologiestudenten	Physikstudenten
Daß sie „zuwenig" Kontakte haben, finden mit Blick auf			
Professoren	96 %	77 %	64 %
Assistenten	91 %	64 %	58 %
mit Studenten des gleichen Fachs	52 %	60 %	46 %
mit Studenten anderer Fachrichtung	72 %	70 %	67 %

Tabelle 3: **Kommunnikationswünsche**

Wünsche	Fachbereich Ökonomiestudenten	Soziologiestudenten	Physikstudenten
Es würden gern häufiger sprechen:			
mit Professoren	77 %	69 %	51 %
mit Assistenten	58 %	57 %	28 %
mit Studenten des gleichen Fachs	42 %	47 %	17 %
mit Studenten anderer Fachrichtung	42 %	42 %	52 %

Sich über Fragen dieser Art Klarheit zu verschaffen, war das Ziel eines empirischen Praktikums, das im SS 1983 und im WS 1983/84 im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften durchgeführt wurde. Die inzwischen vorliegenden Ergebnisse beruhen auf einer Befragung von insgesamt 241 Studenten und Studentinnen, wobei jeweils rund ein Drittel der Stichproben auf die Fachbereiche Wirtschaftswissenschaften, Gesellschaftswissenschaften und Physik entfiel.

Auch wenn die Daten dieser Umfrage dem Anspruch auf Repräsentativität schon vom Stichprobenumfang her nicht genügen können, enthüllen sie doch ein tristes Bild des akademischen Lebens an der Universität, dem eine gewisse Allgemeingültigkeit nur schwerlich zu bestreiten sein dürfte. Die Tabellen dokumentieren, daß zwischen den vorhandenen Kommunikationswünschen und der Kommunikationswirklichkeit eine gehörige Diskrepanz besteht. Wenn 71 Prozent der befragten Ökonomiestudenten angeben, daß sie „selten oder nie" mit Professoren sprechen, wenn 96 Prozent bemängeln, daß sie „zu wenig" Kontakt zu Professoren hätten und 77 Prozent das (ungestillte) Bedürfnis bekunden, häufiger als bisher mit Professoren sprechen zu wollen, dann ist dies ein Zustand, wie er sich trauriger kaum darstellen könnte. Nicht sehr viel besser ist die Situation im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften. Auch dort, wo das Soziale im Mittelpunkt von Forschung und Lehre steht, herrscht offenbar ein Betriebsklima, das viele Kommunikationswünsche offen läßt. Vergleichsweise am besten wird das Kommunikationsgeschehen noch von den Physikstudenten beurteilt, ein Umstand, der sich — neben den hier dargestellten Ergebnissen — auch in einer Vielzahl von anderen Befunden mitteilt. Sofern man die Antworten der Befragten für bare Münze nimmt (und warum sollte man das nicht tun), kann ein Physikstudent, der die Sprechstunde eines Professors besucht, im Durchschnitt damit rechnen, fast eine halbe Stunde (27 Minuten) angehört zu werden. Soziologen (15 Minuten) und Ökonomen (14 Minuten) wird individuelle Aufmerksamkeit nicht im selben Umfang zuteil.

Nun kann nicht ausgeschlossen werden, daß Physikprofessoren eine „klientenfreundlichere" Berufsauffassung haben als ihre Kollegen in den beiden anderen Fachbereichen. Plausibler ist vermutlich aber etwas anderes: Unschwer läßt sich dem 12. Rechenschaftsbericht des Präsidenten entnehmen, daß sich die Betreuungsrelation, also das zahlenmäßige Verhältnis von wissenschaftlichem Personal und auszubildenden Studenten, im Fachbereich Physik am günstigsten darstellt. Insoweit haben die Ergebnisse der Umfrage durchaus ein objektives Korrelat. Mit diesem Hinweis freilich ist es nicht getan. Nicht wenige Ergebnisse sprechen dafür, daß zwei weitere Gesichtspunkte dafür verantwortlich sind, daß der Fachbereich Physik relativ am besten abschneidet. Zum einen ist er erheblich kleiner — und offenbar überschaubarer — als die beiden anderen Fachbereiche. Dies scheint für die Entstehung eines befriedigenden Kommunikationsmilieus eine wichtige Voraussetzung zu sein. Zum anderen — und dies ist der noch entscheidendere Gesichtspunkt — hängt der kommunikative Erfolg ganz wesentlich davon ab, wie ein Studiengang organisiert ist. So sind Physikstudenten nach eigener Angabe sehr viel häufiger anwesend, und schon die damit verbundene Chance, mit anderen eine halbwegs stabile Zeit- und Arbeitsstruktur zu entwickeln, trägt kommunikative Früchte.

Aus der organisationssoziologischen Forschung ist bekannt, daß die Zufriedenheit und Leistungsbereitschaft der Mitglieder einer Organisation in hohem Maße mit dem Betriebsklima zusammenhängen. Die Untersuchung zeigt, daß dies an der Universität im Grundsatz nicht anders ist. Derjenige, der sein Studium auch in sozialer Hinsicht als befriedigend erfährt, ist mit mehr Freude und besserer Motivation bei der Sache. Etwas vereinfachend kann man die Angaben der befragten Studenten zu folgenden Profilen verdichten:

— Die Physikstudenten sind mit sich und ihrem Arbeitsfeld am ehesten in Einklang. Angesichts der Studienanforderungen fühlen sie sich hin und wieder ziemlich gestreßt; andererseits können sie den Bedingungen, unter denen sie arbeiten müssen, erheblich größere Befriedigungen abgewinnen als Soziologie- oder Ökonomiestudenten. Die Basis hierfür bildet offenbar eine Studienorganisation, die Anonymität und Einsamkeit strukturell eher unwahrscheinlich macht.

— Demgegenüber leben die Ökonomiestudenten in großer Zahl in dem Bewußtsein, daß Lernen ein anonymer Prozeß ist, der bestenfalls in Tutorien einmal persönliche und kommunikative Züge annimmt. Sie tragen dieses Schicksal mit der Fassung derjenigen, die zu wissen meinen, daß nach Abschluß des Studiums ein besseres Leben auf sie wartet.

— Dies ist angesichts der schlechten Berufschancen für Soziologiestudenten so nicht möglich. Deshalb richtet man sich hier in den Verhältnissen — so wie sie nun mal sind — ein, so gut es geht. Soziologiestudenten genießen allem Anschein nach die relative Abwesenheit arbeitsförmiger Zwänge. Sie vagabundieren statt dessen verhältnismäßig ungebunden durch ein Lehrangebot, das dies ermöglicht, insgesamt eher von der latenten Furcht gequält, bald könnte das „zwanglose Leben" an der Universität zu Ende sein. Aber ungetrübt ist die Freude schon jetzt nicht. Viele spüren, daß diese „akademische Freiheit" in einem Massenbetrieb ihren (kommunikativen) Preis hat.

Randolph Vollmer

P.S. Im kommenden WS soll im übrigen das Verhältnis von Organisations- und Kommunikationsstrukturen am Beispiel junger Angestellter untersucht werden. (Hinweise für Interessenten im kommentierten Vorlesungsverzeichnis des Fb 3.)

Grünes Licht...

(Fortsetzung von Seite 1)

flächen durch die Gase attakkiert werden. Dazu muß man aus den Konzentrationswerten die Deposition der verschiedenen Gase errechnen. Hierfür sind Rechenmodelle notwendig, die neben den Konzentrationswerten die Diffusionsverhältnisse in der planetarischen Grenzschicht beschreiben. Entsprechende Rechenmodelle wurden im Bereich der „Theoretischen Meteorologie" entwickelt. Durch die Mitwirkung dieser Arbeitsgruppe im „Wissenschaftlichen Zentrum für Umweltforschung" wird es möglich sein, die theoretischen Modelle mit gemessenen Konzentrationswerten zur Anwendung zu bringen. Um die Wirkung der so bestimmbaren Depositionen auf Pflanzen und Böden studieren zu können, ist die Mitarbeit von Fachleuten einschlägiger Disziplinen, wie Pflanzensoziologie, Pflanzenphysiologie und Bodenkunde im wissenschaftlichen Zentrum vorgesehen. Das so skizzierte Zusammenwirken von Chemikern, Meteorologen, Biologen und Bodenkundlern soll im Rahmen einer ökologischen Station im Frankfurter Stadtwald an der Babenhäuser Landstraße realisiert werden, die von dem „Zentrum für Umweltforschung" in Zusammenarbeit mit der städtischen Forstbehörde organisiert wird. Zur Bilanzierung der Schadstoffdeposition über und unter dem Kronendach soll für Messungen über dem Kronendach eine zusätzliche Station mit einem 21 Meter hohen Mast auf dem „Monte Scherbelino" errichtet werden. Ziel dieser Messungen ist es, ursächliche Zusammenhänge zwischen der Immissionsbelastung und den auftretenden Schäden aufzuzeigen.

Neben den umfangreichen Drittmitteln, die zur erfolgreichen Durchführung eingeworben werden, bedarf es selbstverständlich einer universitären Grundausstattung. Außer der Universität müssen hier Kultusminister und Landtag einen Beitrag leisten, der das Zentrum in die Lage versetzt, seine wichtigen Forschungsaufgaben zu erfüllen.

Wolfgang Jaeschke

Lehrerpraktikanten:

Zwischen Hilflosigkeit und Kompetenzerfahrung

Während der Frühjahrspraktika 1982 und 1983 hatten über 200 Lehrerstudenten an Befragungen teilgenommen, die praktikums- und berufsbezogene Erwartungen und Erfahrungen zum Inhalt hatten. Die Teilnehmer waren vom Institut für Pädagogische Psychologie unter Vermittlung des Didaktischen Zentrums angeschrieben worden.

Die Ergebnisse des Gesamtprojekts liegen nunmehr in Form eines Abschlußberichts vor, der in der Bibliothek des Instituts für Pädagogische Psychologie im Turm, 37. Stock, eingesehen werden kann. Die Arbeit trägt den Titel „Kontrolle und Engagement — Bedingungen, Veränderungen, Auswirkungen". Der theoretische Teil befaßt sich mit den objektiven und subjektiven Möglichkeiten von Selbstkontrolle und Umweltkontrolle im Alltag. Im empirischen Teil wird der Frage nachgegangen, inwieweit und in welcher Form Menschen den Eindruck gewinnen, daß sie ihr Handeln und Ereignisse ihres Lebens unter Kontrolle haben oder aber, daß sie Kontrollmöglichkeiten verlieren und subjektiv hilflos werden. Die Beziehungen derartiger „Kontroll-Überzeugungen" zu beruflichem, sozialem und politischem Engagement werden analysiert.

Von besonderer Bedeutung ist die Frage, welche Praktikumserfahrungen zu einer Veränderung von Kontrollüberzeugungen und von Engagement beitragen. Die Praktikumssituation wurde deshalb als bedeutsam angesehen, weil sie einen neuartigen Erstkontakt mit beruflichen Anforderungen darstellt. Ausführlich und wörtlich werden Praktikumserwartungen und -erfahrungen dokumentiert. Es ergab sich eine verblüffende Bandbreite bei den quantitativen und qualitativen Praktikumsbedingungen. Dies bedeutet, daß die einzelnen Praktikumserfahrungen kaum vergleichbar sind und deshalb auch unterschiedliche Auswirkungen auf die Praktikanten haben. Als zentrale Praktikumsbedingungen erwiesen sich die Dimensionen Selbständigkeit und Hilfestellung. Das jeweilige Zusammenwirken von Praktikanten, Kontaktlehrern und Praktikumsbeauftragten ist verantwortlich dafür, ob die zukünftigen Lehrer mit einem Gefühl der Ohnmacht und Hilflosigkeit oder mit der Erfahrung von Einflußmöglichkeiten und Kompetenzen an ihre Berufstätigkeit herangehen.

Siegfried Preiser

UNI-REPORT
Zeitung der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. Herausgeber: Der Präsident der Universität Frankfurt am Main. Redaktion: Reinhard Heisig, Pressestelle der Universität, Senckenberganlage 31, Postfach 11 19 32, 6000 Frankfurt am Main 11, Telefon: (06 11) 7 98 - 25 31 oder 24 72. Telex: 4 13 932 unif d.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, 6000 Frankfurt am Main.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Uni-Report erscheint alle zwei Wochen am Mittwoch mit Ausnahme der Semesterferien. Die Auflage von 15 000 Exemplaren wird an die Mitglieder der Universität Frankfurt am Main verteilt.

Nur wenige „Riesen“ leiden unter ihrer Größe

(df) Heute gibt es unter den Jugendlichen deutlich mehr als noch vor 20 Jahren Jungen mit Körperhöhen über 1,90 Meter und Mädchen, die größer sind als 1,80 Meter. Extremer Hochwuchs geht oft mit körperlichen Haltungsschäden einher, und insbesondere hochwüchsige Mädchen und Frauen befürchten und erleben auch Hänseleien und Enttäuschungen bei Freundschafts- und Partnersuche. Dies hat zu der verbreiteten Annahme geführt, daß Hochwuchs wie eine Art Krankheit zu betrachten sei und daher, wenn möglich, behandelt werden müsse. Aus diesem Grunde werden seit mehr als 15 Jahren auch in der Bundesrepublik Deutschland sogenannte hormonelle Wachstumsbremsungen durchgeführt.

Lassen sich aufgrund extremer Körperhöhen bei Jugendlichen tatsächlich außergewöhnliche Belastungen im Sinne von krankheitswertigen Symptomen nachweisen? Und können solche Belastungen durch die heute übliche Methode der hormonellen Wachstumsbremsung gelindert oder beseitigt werden? Diesen Fragen ist eine Forschergruppe der Universität Frankfurt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft nachgegangen.

Wie an anderen Universitätskliniken vieler Länder besteht in Frankfurt am Zentrum der Kinderheilkunde seit über zehn Jahren die Möglichkeit, hochwüchsige Kinder wachstumsbremsend zu behandeln. Diese Therapie erfolgt bei Mädchen ab einer geschätzten Körperendhöhe von etwa 1,80 Meter meist durch tägliche Einnahmen von hochdosierten Östrogenpräparaten in Tablettenform, bei Jungen ab einer geschätzten Körperendhöhe von rund 1,95 Meter durch Injektion von Testosteronpräparaten in wöchentlichen Abständen. Die Behandlung dauert für Mädchen etwa 24, für Jungen etwa zwölf Monate. Einen Erfolg versprechen sich die behandelnden Ärzte vor allem dann, wenn die Hormonbehandlung möglichst frühzeitig, in der Vorpubertät oder in den ersten Stadien der Pubertät, einsetzt.

Die Berechtigung und Notwendigkeit der Hormontherapie zur Wachstumsbremsung ist bis heute sehr umstritten, da statt einer rein medizinischen Behandlungsnotwendigkeit vorwiegend psychologische Begründungen angeführt werden, wie schwerwiegende Minderwertigkeitsgefühle in der Jugend und daraus erwachsende seelische Belastungen im Erwachsenenalter.

Ob nun solche schwerwiegenden psychischen Belastungen bei Hochwüchsigen tatsächlich vorliegen, wurde bisher nicht untersucht. Erste Ergebnisse des Forschungsprojektes, vorgelegt von Professor Annette Degenhardt und den Diplompsychologen Marianne Soff und Alexander Boxan sowie von dem behandelnden Endokrinologen und Kinderarzt Dr. Fritz Kollmann, können die Vermutung einer vermehrten seelischen Belastung durch Hochwuchs nicht bestätigen: Ein Vergleich von zur Behandlung entschlossenen Hochwüchsigen vor und ein halbes Jahr nach Beginn der Therapie mit nicht behandelten Kindern zeigt keine Unterschiede hinsichtlich verschiedener Persönlichkeitsmerkmale wie ängstliche Irritierbarkeit, Scheu vor Sozialkontakt, Minderwertigkeitsgefühle, negatives Selbstbild. Auch konnten sie den bereits in früheren Untersuchungen berichteten Befund bestätigen, daß für die Behandlung der Kinder die jeweils eigenen psychischen Probleme und Erfahrungen der meist selbst hochwüchsigen Mütter ausschlaggebend sind.

Aufgrund von Befragungen an hochwüchsigen Erwachsenen (Mitglieder des Klubs langer Menschen) können die Psychologen der Forschergruppe zeigen, daß nur rund 25 Prozent der Hochwüchsigen — doppelt soviel Frauen wie Männer — auch noch als Erwachsene unter ihrer Körperhöhe leiden. Diese Belastungen werden unabhängig von der tatsächlichen Körperhöhe empfunden. Von der Mehrzahl der Hochwüchsigen wird eine psychische Belastung nur vorübergehend, vornehmlich in der Tanzstundenzeit angegeben.

In ihrem vorläufigen Ergebnisbericht betont die psychologische Leiterin des Forschungsprojektes, Professor Degenhardt, daß sich die eigentlichen und lebenslang andauernden Probleme Hochwüchsiger vorwiegend auf den Kampf mit den zu klein bemessenen Normgrößen und auf die Verteuerung der Lebenshaltungskosten durch Sonderanfertigungen beziehen, auf rein praktische Probleme also und ausdrücklich nicht auf seelische. Der überwiegende Teil der Hochwüchsigen betont auch günstige Seiten der herausgehobenen Körperlichkeit. Viele der Betroffenen geben sogar an, stolz auf ihre Körpergröße zu sein.

Die Auswertung der Nachuntersuchung einer Gruppe hormonbehandelter Mädchen ergab einen besonders interessanten Befund: Bis auf eines äußerten alle Untersuchten mit der Behandlung, vor allem wegen der erreichten geringeren Endkörpergröße, zufrieden zu sein, auch solche, die in dieser Hinsicht keine oder nur eine geringe „Ersparnis“ erreichen konnten. Die Hälfte der behandelten Mädchen gab aber aus der Erinnerung auch erhebliche Überschätzungen der tatsächlich vorhergesagten Endgröße an. Als extremes Beispiel erinnerte sich eine heute 18jährige nach zwei Jahren Behandlung an eine kurz vor der Behandlung erhobene Prognose ihrer Endgröße von zwei Metern, tatsächlich war diese aber nur 1,85 Meter. Das Mädchen ist heute 1,83 Meter groß und hätten demnach eine reale Ersparnis von zwei Zentimetern erreicht. Ihre persönliche Zufriedenheit gründet sich auf den Glauben, durch die Behandlung 17 Zentimeter eingespart zu haben.

Von den 20 Behandelten dieser Studie konnte bei vier Patientinnen keine Ersparnis nachgewiesen werden, bei den übrigen Mädchen lag die Rate zwischen 0,5 und 5,4 Zentimetern. Alle Befragten gehörten auch nach der Behandlung noch zu der Gruppe der fünf Prozent Größten der weiblichen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Der Grad ihrer Zufriedenheit mit der Behandlung ist unabhängig von der tatsächlichen Wachstumsersparnis. Somit kann die Wirkung der Behandlung als Ergebnis einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung angesehen werden in dem Sinne, daß eine so zeitaufwendige Therapie mit zum Teil unangenehmen Nebeneffekten auf jeden Fall einen Erfolg bringen muß.

Die Vermutung, daß die guten Wirkungen auf die Seele nicht durch die Hormonbehandlung selbst begründet sind, führt die Psychologen zu der Frage, wie sehr psychologische Behandlungsprogramme eine Hormontherapie zur Wachstumsbremsung ersetzen könnten. Da weder eine medizinische noch eine psychologische Begründung für eine hormonelle Wachstumsbremsung gegeben werden kann, sollte, so die Frankfurter Wissenschaftler, daher der Schwerpunkt auf die Entwicklung psychologischer Ersatztherapien gelegt werden.

A. D. (df)

FREIZEIT / IHRE FERIEN 1984

im „Haus Bergkranz“

im Kleinwalsertal-Hirschegg (Nähe Oberstdorf/ Allgäu) im Sport- und Ferienheim „Haus Bergkranz“ der Universität Frankfurt am Main. Das Haus bietet Ihnen einen preisgünstigen Aufenthalt: Übernachtung mit Vollpension pro Person täglich von 27,— DM bis 33,— DM, zuzüglich Kurabgaben.

Unterbringungsmöglichkeit in Mehrbett-, Doppel- und Einzelzimmern. Liegewiese, Sonnenterrasse und Aufenthaltsräume sind vorhanden. Im Walsertal erwartet Sie ein vielseitiges Sport- und Unterhaltungsangebot: Spazier- und Wanderwege, alpine Bergtouren mit Führern, Tennisplätze, Minigolfanlagen, Kegelbahnen, Schwimmbäder und Saunaanlagen, Bauerntheater, Kino sowie preiswerte Omnibusfahrten, die in die nähere und weitere Umgebung führen.

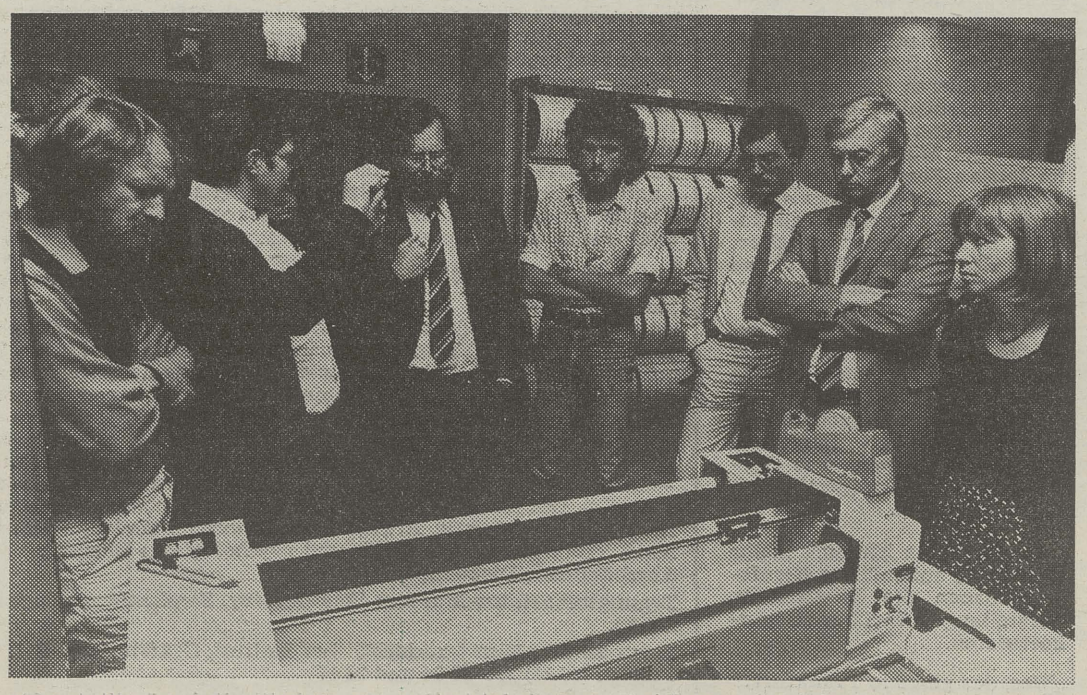
Nähere Auskünfte erhalten Sie über die Universitätsverwaltung, Herrn Berbig, Tel. 57 98 - 32 36, Senckenberganlage 31, Raum 762, 6000 Frankfurt am Main.

Neue Rechenanlagen für die Fachhochschule

Die Erstausstattung des neuen Mehrzweckgebäudes der Fachhochschule Frankfurt am Main ermöglichte den Erwerb eines neuen Rechnersystems (Siemens 7.531) mit einem interaktiven graphischen Arbeitsplatz (Siemens 9.731) und einem Präzisionszeichentisch (Aristo 205 M) sowie die Umsetzung des Bereichsrechners DEC 1091 von der Johann Wolfgang Goethe-Universität an die Fachhochschule. Im Rechenzentrum der Universität werden die vorhandenen Räumlichkeiten benötigt für die Aufstellung des neuen Großrechners Sperry Univac 1100/91, der ab Oktober 1984 das System 1100/61 ablösen wird. Für die Studenten und Professoren der Fachhochschule werden die Möglichkeiten, EDV-Kapazität in Anspruch zu nehmen, nachhaltig verbessert, was den in diesem Bereich stark zunehmenden Anforderungen an die Ausbildung entspricht:

Die Fachhochschule schätzt den Anstieg der Inanspruchnahme von Rechnerkapazität gegenüber 1976 auf weit mehr als das Zehnfache, wobei die Steigerungsraten von Jahr zu Jahr angewachsen waren.

An das System DEC 1091 sind zur Zeit etwa 80 Endgeräte der Universität und etwa 50 der Fachhochschule angeschlossen, wobei die Fachhochschule damit rechnet, daß sich der Anteil der universitären Nutzer ab Oktober 1984 verringern und der Anteil ihrer Nutzer entsprechend erhöhen wird. Das System Siemens / Aristo wird ebenfalls von Nutzern beider Hochschulen in Anspruch genommen, jedoch überwiegt hier der Anteil der Fachhochschule.



In einer Feierstunde am 15. Juni in der Fachhochschule wurde die neue Rechenanlage vorgestellt. Dr. Hans-Jürgen Kiowski (2. von links) vom Hochschulrechenzentrum der Universität erläutert hier gerade einen graphischen Arbeitsplatz. Interessierte Zuhörer sind u. a. der Rektor der Fachhochschule, Professor Rolf Kessler (3. von links), und der Präsident der Universität, Professor Dr. Hartwig Kelm (2. von rechts). Foto: Heisig

Erste-Hilfe-Kurse

Die Johann Wolfgang Goethe-Universität führt im September 1984 in Verbindung mit dem Deutschen Roten Kreuz wieder Erste-Hilfe-Kurse durch:

A. Ersthelferkurse (8 Doppelstunden)

1. Kurs: 10. und 11. 9. 1984
2. Kurs: 13. und 14. 9. 1984

B. Sonderkurs „Herz-Lungen-Wiederbelebung“ (6 Stunden)

1. Kurs: 4. 9. 1984
2. Kurs: 28. 9. 1984

Diejenigen Bediensteten, die einen Ersthelferkurs erfolgreich abgeschlossen haben, erhalten eine Teilnahmebescheinigung, die auch bei der Führerscheinprüfung anerkannt wird.

Interessenten werden gebeten, sich bei der Dienststelle Arbeitssicherheit, Bockenheimer Landstr. 133, Raum 319, Telefon 3628, zu melden.

Fensterln bei Bavaria

Eine Münchener Medienreise

Unter der organisatorischen Obhut von Prof. Inge Degenhardt und Christel Weiler unternahm eine Gruppe von Studenten der Theater-, Film- und Fernsehwissenschaften Mitte Mai eine zweitägige Exkursion in die bayerische Landeshauptstadt. Hauptprogrammpunkt für die Teilnehmer des Seminars „Wie entsteht ein Film; Ästhetische und ökonomische Bedingungen der Produktion" war die Besichtigung der Bavaria-Ateliers und dort das Gespräch mit Leuten aus der Branche. Anhand der in München gedrehten Serie „Die rote Erde", ein neunteiliges TV-Epos über die Geschichte westfälischer Bergarbeiter, hatte man sich auf diese Exkursion vorbereitet, Filmkritiken angefertigt und die Serie in der Gruppe diskutiert.

Schon mal in München, ließen wir zwei Möglichkeiten der Freistaat-Metropole nicht ungenutzt: Beim Besuch des Münchner Filmmuseums bekamen wir Gelegenheit, ins Cabinett des Filmhistorikers Enno Patalas Einblick zu nehmen, der uns zwei Raritäten aus der Frühgeschichte des Films vorstellte: Am Beispiel des bis vor kurzem noch als verschollen gegoltenen Murnau-Films „Der brennende Acker" (1922), den man unter kuriosen Umständen in Italien aufgefunden hatte (er befand sich in einem Stummfilm-Repertoire für Irrenhäuser) und anhand von „Opus I" (1921), einem abstrakten Experimentalfilm von Walter Ruttmann, berichtete Patalas über die mühselige Rekonstruktionsarbeit bei alten Filmen, erzählte eindrucksvoll von seiner cineastischen Schnipseljagd in internationalen Archiven.

Nach diesem Abstecher zu den Anfängen der Filmgeschichte sahen wir uns kurz darauf mit einem Medien-Phänomen von morgen konfrontiert: dem Kabelfernsehen. München, eine Stadt medialer Superlative, bietet nicht nur die meisten Verlage, Theater und Kinos: Seit dem 1. April probiert man sich ganz vorne, auch was Fernseh-Quantität betrifft. Für knappe zwei Stunden ließ die Münchner Pilotgesellschaft für Kabelkommunikation (MPK) die Studenten einen Blick werfen in jene Räumlichkeiten, von denen aus zunächst 500 Haushalte probeweise eine verstärkte Dosis Flimmer (16 Kanäle) zugeführt bekommen.

Der zweite Tag in München gehörte ganz der Bavaria: Helmut Krapp, Programmdirektor der Bavaria, hatte es so eingerichtet, daß alle maßgeblich am Entstehen der „Roten Erde" Beteiligten in Geiselgasteig zusammengekommen waren, um sich dort den Fragen der Studenten zu stellen (Autor Peter Stripp war nur hierfür aus Berlin angereist). Die Gesprächsrunde am Nachmittag setzte sich zusammen aus: Dr. Helmut Krapp (Programmdirektor), Klaus Emmerich (Regisseur), Peter Stripp (Drehbuchautor), Hugo Leeb (Produktionsleiter), Helmut Gaßner (Filmarchitekt), Josef Vilsmeier (Kameramann), Wolf Dietrich Brücher (Redakteur beim WDR) sowie anderen Mitarbeitern der Bavaria.

Die Darstellung von ökonomischen und organisatorischen Problemen bei der vom WDR mit 15 Mio. finanzierten Produktion nahm hier zunächst breiten Raum ein. Der Hang zum Großen, zu üppigen Dimensionen zeigt sich bei der Bavaria nicht nur in deren spektakulären Kinoproduktionen („Das Boot", „Die unendliche Geschichte"), sondern auch in dieser Serie, einem „Dinosaurier, wie es ihn so bald nicht mehr geben wird" (Krapp). Eine erste drastische Sparmaßnahme aber war die unumgängliche Kürzung der als 12-Teiler geplanten Kumpel-Serie auf neun Teile, und bereits hier wurde deutlich, in welch großem Maße die künstlerische Gestaltung und Konzeption eines Films von ökonomischen Gegebenheiten bedingt ist. Interessant in diesem Zusammenhang die Aussage Dr. Krapps, der die vorgegebene Beschränkung bei der Produktion geradezu zum Stilmittel erhob, und verblüffend zu hören, die Qualitäten des Films, die ursprünglich auf finanzielle Überlegungen zurückzuführen sind, im nachhinein ästhetische Legitimation erfahren.

Ein weiterer Gesprächspunkt der Diskussion war: Wie wurde Geschichte filmisch umgesetzt? Da waren auf der einen Seite die Bestrebungen der Produzenten um größtmögliche Authentizität bei Bauten, Requisiten etc. zu beobachten, auf der anderen Seite die sehr persönliche Realismus-Vorstellung von Regisseur Emmerich, dessen Position in dem provokanten Statement „Wie lügen wir so, daß es glaubhaft wirkt", wohl ihren pointiertesten Niederschlag fand.

Die durchweg positive Resonanz bei den an diesem Seminar beteiligten Studenten macht einmal wieder deutlich: Der direkte Kontakt zu Leuten aus dem Geschäft, Filmemachern, Regisseuren ist unverzichtbarer Bestandteil des TFF-Studiums. Und dabei geht es um mehr als bloß Atmosphäre „schnuppern":

— In der Auseinandersetzung mit den am Entstehen eines Filmes Beteiligten werden Studenten wie Hochschullehrer dazu gebracht, die tatsächliche Reichweite ihrer theoretisch-analytischen Vorgehensweise einmal zu überprüfen und ihren Sinn zu hinterfragen.

— Sie sehen sich gezwungen, ihr oftmals starres Begriffs- und Kategoriendenken in Beziehung zu setzen zu der weitaus flexibleren Sprache jener, deren Erzeugnisse zur Debatte stehen. (Das Seminar des Regisseurs Michael Verhoeven im letzten Semester etwa ließ erkennen: Der Filmemacher wird bei der Drehbuchgliederung mit „Bildern" **arbeiten**, wo der Analytiker von „Sequenzen" **spricht.)**

— Sie lernen, Film als ein Ergebnis zu begreifen, hinter dem die Arbeit eines Teams steckt, lernen in diesem Zusammenhang, sich von einem unangebrachten Personen-Mythos zu trennen, was Germanisten traditionsgemäß am schwersten fällt.

— Sie erhalten Einblick in ihr (vielleicht) zukünftiges Berufsfeld, haben die Möglichkeit, Vorstellungen darüber zu konkretisieren.

„Was, das gibt's in Frankfurt?" war die erstaunte Reaktion einer Mitarbeiterin beim Münchner Kabelprojekt, die wissen wollte, um was für Studenten es sich bei den Frankfurtern eigentlich handele. Daß man sich in Frankfurt schon seit einiger Zeit wissenschaftlich mit Film und Theater beschäftigt — bis nach München ist dies nicht durchgedrungen. Unter der Bandwurm-Bezeichnung „Theater-, Film- und Fernsehwissenschaften" studiert man in Frankfurt ein Fach, das es nicht gibt. Nicht gibt, wenn man einmal davon ausgeht, wie wenig von den Möglichkeiten dieses Fachs, wenn überhaupt, bekannt ist, und dies gilt nicht nur für außerhalb, sondern auch für Frankfurt selbst. Vielleicht wird man von dem **Haupt**-Fach „TFF" die Kenntnis nehmen, die dem Nebenfach zur Zeit versagt bleibt.

Die Forderung danach, auch angesichts des oft nicht unerheblichen zeitlichen und thematischen Aufwandes und der verstärkten Anforderungen, die an den „Neben"-Fach-Studenten gestellt werden, ist jedenfalls mittlerweile nicht mehr zu überhören.

Fabian Payr

Internationales Symposium

Naturwissenschaft und Naturbeobachtung – Natur und Bildende Kunst 14.–16. Jahrhundert

Montag, 16. Juli 1984

10.00 Uhr Eröffnung des Symposiums. Grußwort des Präsidenten Hartwig Kelm, Johann Wolfgang Goethe-Universität. — Wolfram Prinz, Frankfurt: Kunst und Naturerkenntnis. Zum Naturstudium der Künstler im 14. und 15. Jahrhundert. — Gerd Preiser, Frankfurt: Das Bild als historische Quelle aus der Sicht deutscher Medizinhistoriker. — Walter Saltzer, Frankfurt: Beobachtung und Theorie. Tradition und Entwicklung vom 14. bis 16. Jahrhundert.

14.30 Uhr Alexander Perrig, Marburg: Bemerkungen zu geologischen Eigenheiten der italienischen Landschaftsdarstellungen vom 14. zum 16. Jahrhundert. — Guido Moggi, Florenz: Le piante nella pittura italiana dei secoli XV e XVI: problemi e metodi di identificazione botanica. — W.-D. Müller-Jahncke, Kirchen/Marburg: Das Verhältnis von botanischer Illustration zur Malerei des 14. und 15. Jahrhunderts in Italien.

Dienstag, 17. Juli 1984

10.00 Uhr Gigetta Dalli Regoli, Pisa: La componente fitomorfa o zoomorfa ed il suo ruolo autonomo nel ambito formale-stilistico.

Lucia Tongiorgi Tomasi, Pisa: Toward the scientific naturalism: aspects of botanical and zoological inconography in manuscripts and printed books between the 15th and beginning 16th century. Peter Jones, London: Text and Illustration in medical manuscripts of English origin in the 14th and 15th centuries.

14.30 Uhr: Gerhard Baader, Berlin: Anatomie, Konsilienliteratur und der neue Materialismus in Italien im Spätmittelalter und Frühhumanismus. Marilene Putscher, Köln: Leonardos Anatomie. Künstleranatomie und wissenschaftliche Anatomie. Jean-Michel Massing, Cambridge: Zwischen Kodifikation und Observation. Kometenikonographie im Mittelalter und in der Rennaissance.

Mittwoch, 18. Juli 1984

10.00 Uhr: Andreas Beyer, Frankfurt: „De significatione cometae". Guglielmo d'Becchis Traktat „De Cometa" von 1456. — Graziella Federici Vescovini, Turin/Sassari: Note per l'interpretazione degli affreschi astrologici del Palazzo della Regione di Padova. Patrizia Castelli, Urbino: Matematici e astrologia alla corte dei Montefeltre. Walter Saltzer, Frankfurt: Galileo und die Jesuitenastronomie.

14.30 Uhr: Dieter Blume, Heidelberg: Im Reich des Pan — Animistische Naturdeutung in der italienischen Renaissance. — Iris Marzik, Frankfurt: Die Gestik in der „Storia" Leon Battista Albertis. Ronald Kecks, Florenz: Madonna und Kind. Traditionelle Bildgestik und psychologische Einsicht. Abschließende Diskussion

Tagungsort: Natur-Museum Senckenberg, Senckenberganlage Nr. 25.

Tagungsbüro: Kunstgeschichtliches Institut, Gräfstraße 74/VII. Telefon (06 11) 798-22 24 und 23 17

Die Tagung findet in Zusammenarbeit mit den Instituten für die Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität statt. Gefördert wird das Symposium durch Mittel der Fritz-Thyssen-Stiftung Köln.

Stipendien

DAAD-Programm Integriertes Auslandsstudium

Für den auf Absprachen zwischen Fachbereichen deutscher und europäischer bzw. nordamerikanischer Universitäten basierenden Studentenaustausch der Fachrichtungen Ingenieur-, Natur- und Wirtschaftswissenschaften sowie Medizin besteht im Rahmen des Integrierten Auslandsstudiums die Möglichkeit einer Förderung durch den DAAD. Die detaillierte Programmbeschreibung ist in der Akademischen Auslandsstelle erhältlich. Rückfragen bzw. Anträge für 1985 sind bis 1. 12. 1984 an den DAAD, Referat 31 (Tel. 0228-882.347), Kennedyallee 50, 5300 Bonn 2, zu richten.

DAAD-Auslandsstipendien für Graduierte 1985/86

Bewerbungen um ein Jahresstipendium zum Studium an Universitäten in den USA, Kanada, Australien, Neuseeland sowie am Bologna Center sind bis zum 31. 8. 84 möglich — für alle anderen überseeischen Länder ist der 30. 9. 84 letzter Abgabetermin.

Bewerbungsschluß für Stipendien zu kurzfristigen Studienaufenthalten in Übersee ist ebenfalls der 30. 9. 84.

Informationen und Bewerbungsunterlagen sind in der Akademischen Auslandsstelle, Dienstag und Freitag von 8.30 bis 11.30 Uhr erhältlich.

DAAD-Stipendien Ostasiatische Sprachen

Studierende und Graduierte mit Hauptfach ostasiatische Sprachen können sich bis zum 30. 9. 84 in der Akademischen Auslandsstelle um ein Stipendium für das Studienjahr 1985/86 bewerben.

Promotionsstipendien

Der Förderkreis für die Versicherungslehre an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main e. V. vergibt Promotionsstipendien an qualifizierte Wirtschaftswissenschaftler, Juristen und Mathematiker, die im Themenschwerpunkt ihrer Dissertation ökonomische Probleme der Versicherungswirtschaft behandeln.

Bewerbungen können an den Förderkreis für die Versicherungslehre, Geschäftsführung, Postfach 16 60, 6370 Oberursel 1, gerichtet werden.

Weitere Auskünfte bei Prof. Dr. Wolfgang Müller, Seminar für Versicherungslehre, Telefon 798 — 31 69, oder bei Direktor Jochen Stöhr (Anschrift siehe oben), Telefon (06171) 200 / 21 22.

Zimmer gesucht

Der Internationale Ferienkurs der Universität Frankfurt sucht für die Zeit vom 1.—31. August 1984 noch Zimmer für die Teilnehmer des Kurses. Es handelt sich um ausländische Studenten und Lehrer, vorwiegend aus europäischen Ländern, die sich einen Monat intensiv dem Studium der deutschen Sprache und Kultur widmen wollen. Unsere Bitte richtet sich insbesondere an die Studenten in den Wohnheimen, deren Zimmer in dieser Zeit leerstehen. Die Miete wird für diesen Zeitraum selbstverständlich von den Gästen bezahlt.

Da uns in diesem Sommer keine Zimmer im Studentenwohnheim der Fachhochschule zur Verfügung gestellt werden können, würden wir uns über Zimmerangebote (gegen Mietentgelt) aus dem Kreis der Universitätsangehörigen freuen. Bitte wenden Sie sich an: Barbara Stumpe, Internationaler Frankfurter Ferienkurs, Senckenberganlage 15 (Turm), 2. Stock, Zimmer 228, Telefon: 798-3594.

*

Wohnungen/Zimmer für ausländische Gastwissenschaftler

Trotz der erfreulichen Resonanz auf die letztjährige Pressekampagne in Sachen Wohnungssituation für Gastwissenschaftler besteht weiterhin Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten kurz- und längerfristiger Art. Insbesondere zweckmäßig möblierte Zimmer und kleinere Appartements/Wohnungen in zentraler Lage sind nach wie vor speziell zum Wintersemester gesucht. Angebote werden in der Akademischen Auslandsstelle (Tel. 798-2307) auf großes Interesse stoßen.

Frankfurter Experiment im All

Astronauten besuchten die Universität

Das europäische Weltraumlabor Spacelab wird bei seinem Einsatz im Herbst 1985 auch ein Experiment von Wissenschaftlern der Johann Wolfgang Goethe-Universität mit sich führen. Verantwortlich für das Frankfurter Projekt ist Prof. Dr. Horst Dieter Mennigmann vom Institut für Mikrobiologie. Die Astronauten der Weltraumfähre (Spaceshuttle), darunter auch der Deutsche Ulf Merbold, besuchten ihn am 18. Juni, um sich das Experiment erläutern zu lassen.

Das Experiment „Wachstum und Differenzierung bei ‚Bazillus subtilis' im Weltraum" ist ein Teil des BIORACK-Nutzlastelements. Das Biorack ist ein komplett mit Mehrzweck-Experimentausrüstungen bestücktes Spacelab-Einzelrack für die Durchführung biowissenschaftlicher Grundlagenexperimente. Es sollen die Effekte der Schwerelosigkeit und der kosmischen Strahlung auf Entwicklung und Verhalten biologischer Systeme wie Pflanzen, Insekten, Bakterien und Zellkulturen von Säugetieren untersucht werden. Um zwischen den beiden Einflüssen unterscheiden zu können, wird das Biorack auch mit Referenzzentrifugen ausgerüstet, auf denen die Schwerkraft (1 g) simuliert werden kann.

Das Biorack ist ein Projekt der Europäischen Weltraumorganisation ESA und ist für einen Erstflug in der deutschen D 1-Spacelabmission im Jahre 1985 vorgesehen. Für diesen Flug wird es 14 Experimente europäischer Wissenschaftler aufnehmen, darunter fünf deutsche.

Wissenschaftliche Zielsetzung des Frankfurter Projekts

Leben ist unter anderem gekennzeichnet durch Wachstum (d. i. Vermehrung von Zell-Masse und -Zahl) und Differenzierung (d. s. Vorgänge, die bestimmte Entwicklungsrichtungen von Zellen und Zellverbänden zur Folge haben). Beides wird durch Gen-Aktivitäten gesteuert und durch Umwelt-Faktoren beeinflußt. Daß zu letzteren im Falle von höher organisierten Organismen die Schwerkraft gehört, ist gemeinhin bekannt (z. B. Geotropismus). Unbekannt dagegen ist, ob auch der Ablauf von Lebensgrundprozessen, wie er vielleicht am ehesten an einfachen einzelligen Organismen (Bakterien, Hefen) untersucht werden kann, ihrer mittelbaren oder unmittelbaren Wirkung unterliegt. Es müßte nicht verwundern, wenn dem so wäre; hat doch die ganze Evolution stattgefunden unter dem unentrinnbaren Einfluß dieser „Naturkraft".

Als für entsprechende Untersuchungen geeignetes Objekt bietet sich **Bacillus subtilis** an. Dieses Bakterium vermehrt sich durch regelmäßige Teilung von Zellen in jeweils zwei gleichartige „Tochter-Zellen". Die Vermehrung endet damit daß schließlich Differenzierungsprozesse ausgelöst werden, die zur Bildung von „Sporen" führen. Solche Sporen-Bildung besteht in der asymmetrischen Abschnürung eines Teiles des Zell-Inhaltes, der dann letztlich von einer besonderen Wandung umgeben ist.

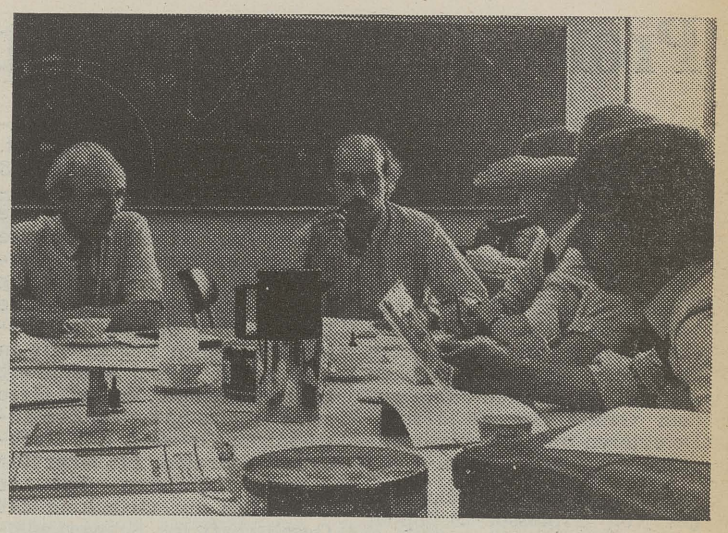
Die Durchführung entsprechender Experimente an Bord eines Raumschiffes hat einen mehrfachen Sinn. Zum einen kann man der Hoffnung sein, daß man über so einfache einzellige Organismen wie Bakterien am ehesten Auskunft darüber bekommen kann, inwieweit die Schwerkraft mittelbar oder unmittelbar einen Einfluß auf so fundamentale Lebensprozesse wie Wachstum oder Differenzierung hat. Zum anderen wird insofern biotechnologisches Neuland betreten, als unter Mikroschwerkraft Gasaustausch und Konvektion veränderten Gesetzmäßigkeiten unterliegen. Und schließlich ist festzustellen, daß für diese Art Fragestellungen Schwerelosigkeit auf der Erde nicht simuliert werden kann.

Experimente

Bei den Flug-Experimenten soll das Wachstum und die Sporen-Bildung von **Bacillus subtilis** quantitativ verfolgt werden. Außerdem sollen zu verschiedenen Zeiten der Entwicklung Proben entnommen werden. Bei einem Teil der Proben sollen die Bakterien durch Glutaraldehyd abgetötet und fixiert werden, so daß an ihnen detaillierte elektronenmikroskopische Untersuchungen durchgeführt werden können. Bei einem anderen Teil sollen alle Stoffwechselwege durch Antibiotika blockiert werden, ohne daß die Bakterien abgetötet werden. An ihnen soll dann nach Rückkehr zur Erde untersucht werden, inwieweit einige ausgewählte Wachstumsparameter (Germination, Vermehrung usw.) von Bakterien, die unter μg herangewachsen sind, beim Übergang auf die normale Schwerkraft der Erde verändert sind. Weiterhin sollen die Kulturen auf Mutanten untersucht werden.

Zur Durchführung dieser Experimente sind zwei Typen von Kultureinrichtungen entwickelt worden. Beiden gemeinsam ist, daß sich zunächst in einer kleinen Kammer eine wäßrige Sporen-Suspension befindet. Diese ist gegenüber einer größeren Kammer, die Nährmedium enthält, dicht verschlossen. Als Start des Experimentes werden vom Astronauten die Sporen manuell über ein Ventil in das Nährmedium injiziert. Über ähnliche Ventile können Proben der inzwischen gewachsenen Bakterien wieder in kleinere Kammern mit unterschiedlichem Fixiermittel zurückgeholt werden. Jedes Experiment wird dadurch beendet, daß auch in die große Kammer Fixiermittel injiziert wird. Die beiden experimentellen Einrichtungen unterschieden sich unter anderem dadurch, daß im einen Falle zusätzlich zu der Proben-Entnahme das Wachstum der Bakterien automatisch und kontinuierlich über die Messung der Extinktion mit Hilfe eines extrem miniaturisierten Photometers verfolgt wird. Im anderen Falle wachsen Bakterien in zwei völlig gleichartigen Kultureinrichtungen, von denen aber das eine Gerät auf einer 1-g-Zentrifuge montiert ist.

Das Projekt wird aus Mitteln des Bundesministers für Forschung und Technologie gefördert. Es wurde ehedem initiiert durch den inzwischen verstorbenen Prof. Dr. H. J. Rhaese. Mitarbeiter an diesem Experiment sind Ulrich Kirschner (Institut für Mikrobiologie) und Peter Schiller (Dornier System GmbH).



Prof. Dr. Horst Dieter Mennigmann (links) erläuterte den Astronauten das Frankfurter Experiment (rechts vorne der deutsche Astronaut Ulf Merbold). Foto: Heisig

Aufbaustudiengang „Pädagogik: Dritte Welt"

Am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Frankfurt wurde ein neuer Aufbaustudiengang „Pädagogik: Dritte Welt" vom hessischen Kultusministerium durch Erlaß vom 21. Dezember 1983 genehmigt. Er wird erstmals ab dem Wintersemester 1984/85 angeboten. Dieser neuartige Studiengang ist der erste seiner Art an einer deutschen Universität, der die Erziehungsrealität, die Erziehungsinhalte, die Lern- und Lehrprozesse sowie neue Wege im Bereich der Erziehung in Ländern der „Dritten Welt" zum Gegenstand eines weiterbildenden Studiums macht.

Das zentrale Thema des Aufbaustudiums lautet daher: „Erziehungsprozesse und Erziehungsinhalte in schulischen und außerschulischen Sektoren als Bestandteil des Entwicklungsprozesses." Das Studium strukturiert sich nach zwei Schwerpunkten:

1. Erziehungssysteme im Entwicklungsprozeß in Ländern der Dritten Welt unter Betonung vor allem der strukturellen, organisatorischen und interkulturell vergleichenden Aspekte;
2. Inhalte, Prozesse und Voraussetzungen des Lehrens und Lernens im Bereich Dritte Welt unter Betonung der international erzieherischen, inhaltlich prozessualen und interaktiven Aspekte.

Da die Thematik Erziehung im Rahmen des Entwicklungsprozesses unter Berücksichtigung der Gegebenheiten der internationalen Gesellschaft eine interdisziplinäre Vorgehensweise erfordert, wird Wert darauf gelegt, Lehre und Forschung in enger Zusammenarbeit mit Kollegen aus anderen Ländern und anderen Fachbereichen durchzuführen.

Das internationale Kolloquium, das vom 26. bis 29. Juni 1984 in den Räumen der Universität standfand, sollte unter der o. a. Thematik der Bestandsaufnahme und der Perspektivendiskussion dienen. Es führte Wissenschaftler aus Ländern der „Dritten Welt" und der Bundesrepublik, Vertreter der Organe für die Wissenschafts- und Entwicklungspolitik, für den akademischen Austausch und für die internationale Zusammenarbeit sowie beteiligte Studenten und die interessierte Öffentlichkeit zu einer intensiven Diskussion über inhaltliche und organisatorische Probleme und Perspektiven zusammen.

*

Anm. der Red.: Durch den Streik der Drucker mußte die Ausgabe, in der auf auf das Kolloquim hingewiesen werden sollte, ausfallen. Im Wintersemester wird eine Zusammenfassung veröffentlicht.

Berufliche Bildung für ausbildungsbeeinträchtigte Jugendliche

In Zusammenarbeit zwischen der Professur für Wirtschaftspädagogik des FB Erziehungswissenschaften (I.B.-Lisop), der 1983 gegründeten Gesellschaft zur Förderung Arbeitsorientierter Forschung und Bildung e. V. sowie dem Berufsschulzentrum Darmstadt diskutierten am 25. Mai Wissenschaftler, Vertreter des Kultusministeriums und verschiedener Praxisbereiche unter der Themenstellung „Berufliche Bildung für ausbildungsbeeinträchtigte Jugendliche — Perspektiven für Schule, Betrieb und Lehrerausbildung".

Die Problemstellungen und die ersten Ergebnisse der Diskussion seien hier knapp mitgeteilt.

Die unzulängliche Ausbildungssituation der Jugendlichen spiegelt sich vor Ort in den öffentlichen Schulen sowie in den an Wildwuchs grenzenden, unübersichtlichen Maßnahmen der Arbeitsverwaltung zur beruflichen Eingliederung einer wachsenden Zahl von Jugendlichen. Die pädagogische Unterversorgung der Betroffenen, zu denen arbeits- und ausbildungslose Schulabgänger, Sonderschüler, Ausländer und Mädchen, aber auch Gruppen von Jugendlichen mit speziellen Lernbeeinträchtigungen gerechnet werden, ist von Symposiumsteilnehmern übereinstimmend als eine Herausforderung an den Bildungsauftrag des beruflichen Schulwesens aufgefaßt worden. Zu seiner Einlösung wurden konkrete Perspektiven erörtert für: Lehrerausbildung und Lehrerweiterbildung; kurz- und mittelfristige schulorganisatorische Innovationen; Überprüfung und Veränderung von Curricula und schließlich eine bildungspolitisch zu forcierende Bündelung der zersplitterten Bildungs- und Ausbildungsgänge in einer „Neuen Jugendschule" parallel zur gymnasialen Sekundarstufe II.

Die Bemühungen der Frankfurter Wirtschaftspädagogen (vgl. das dort zu erwerbende Zertifikat für den Schwerpunkt Ausbildungsbeeinträchtigte) um eine wissenschaftsrückvermittelte Bearbeitung der vielfach gestellten Frage nach der pädagogischen Kompetenz der Lehrer in den entsprechenden Lerngruppen haben Initialzündungen bewirkt. Aus der Diskussion und aus gezielten Anfragen heraus zeichnete sich ein Modell für die 2. Ausbildungsphase der Lehrer für das Lehramt an beruflichen Schulen ab. Sie knüpfen an Vorstellungen an, die an der Professur für Wirtschaftspädagogik im FB 4 entwickelt wurden.

Neben der Konkretisierung des akuten Handlungsdrucks in den Schulen hob das Symposium durch volkswirtschaftliche Daten ins Bewußtsein, daß alle kurz- und mittelfristigen Hoffnungen auf eine Integration der Ausbildungsbeeinträchtigten durch demographische Entwicklungen oder durch die Prognose, es könne eine Reintegration der Betroffenen in das Duale Ausbildungssystem gelingen, nicht zutreffend sein können! Die Schlußfolgerungen, die die Frankfurter Wirtschaftspädagogen bereits auf dem Symposium zogen, zielen auf die schnellstmögliche Errichtung einer arbeits- und berufsbezogenen „Neuen Jugendschule", für deren Implementierung ein insgesamt über 6 Jahre konzipierter Stufenplan vorgelegt wurde.

Interessenten an der im August erscheinenden Dokumentation des Symposiums wenden sich bitte an mich (Telefon 798-8141).

Burkhard Schweiz

Fachbereich Erziehungswissenschaften (Wirtschaftspädagogik)

Vorlesungszeiten in den kommenden Semestern

Der Ständige Ausschuß für Organisationsangelegenheiten hat folgende Vorlesungszeiten beschlossen:

Wintersemester 1984/85
Beginn: 15. Oktober 1984
Ende: 16. Februar 1985

Sommersemester 1985
Beginn: 15. April 1985
Ende: 13. Juli 1985

Wintersemester 1985/86
Beginn: 14. Oktober 1985
Ende: 15. Februar 1986

Professor Erwin Schopper 75

Am 26. Juni 1984 beging Prof. Dr. Erwin Schopper seinen 75. Geburtstag. Der Fachbereich Physik ehrte ihn am 22. Juni 1984 im Institut für Kernphysik mit einem Festkolloquium. Der Dekan Prof. Friedrich Granzer und Prof. Walter Greiner würdigten die wissenschaftlichen Leistungen des Jubilars und berichteten über seine wissenschaftlichen Arbeiten der letzten Jahre auf dem Gebiet der Festkörper-Detektoren und der relativistischen Kern-Kern-Stöße.

Aus Anlaß des 75. Geburtstages von Professor Schopper hatte ihm der Bundespräsident das Bundesverdienstkreuz erster Klasse verliehen, in Würdigung seiner Verdienste um den Wiederaufbau der Universität Frankfurt und des wissenschaftlichen Lebens in Deutschland.

In Erwin Schopper wurde ein Wissenschaftler und Hochschullehrer geehrt und ausgezeichnet, dessen Lebensweg eng mit der Frankfurter Universität verbunden ist. Er hat das Institut für Kernphysik aufgebaut und 21 Jahre geleitet. Als Emeritus forscht er noch heute an dieser Universität mit unverminderter Aktivität und Schaffensfreude.

Schopper folgte 1956 einem Ruf an die Johann Wolfgang Goethe-Universität auf den neugeschaffenen Lehrstuhl für Kernphysik. Als Leiter einer Abteilung des Max-Planck-Instituts für Physik der Stratosphäre hatte er schon ab 1952 in Hechingen — wohin das Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik, Berlin, im Kriege verlagert worden war — unter schwierigen Bedingungen eine kernphysikalische Arbeitsgruppe aufgebaut, die zur Keimzelle für den Aufbau des neu gegründeten Frankfurter Instituts wurde.

Als erstes Projekt wurde 1957 unter seiner Leitung ein Forschungsreaktor, eine Stiftung der Farbwerke Hoechst und der Stadt Frankfurt, installiert und nach nur einem Jahr Aufbauzeit fast gleichzeitig mit dem Münchner Forschungsreaktor in Betrieb genommen. Für Untersuchungen mit geladenen Teilchen stand zunächst ein Kaskadenbeschleuniger aus dem Hechinger Labor zur Verfügung, der aber bald auf Schoppers Bemühen hin durch zwei moderne und leistungsfähige Van de Graaff-Beschleuniger ersetzt werden konnte. Mit diesen Forschungsgeräten stand ein breites Anwendungsspektrum nuklearer Strahlung zur Verfügung, das neuartige Experimentierbedingungen schuf und es gestattete, die Forschungsprogramme des Instituts zu erweitern. Neben den Reaktorexperimenten auf dem Gebiet der Neutronen- und Kernphysik und der nuklearen Festkörperphysik wurden experimentelle Untersuchungen zum Mechanismus von Kernreaktionen, zur Struktur von Atomkernen und atomphysikalische Untersuchungen Schwerpunkte der Institutsarbeit.

Auf der Grundlage dieser Forschungsaktivitäten entstand die für die Arbeitsgruppen des Instituts so wichtige Zusammenarbeit mit überregionalen Forschungszentren, wie zum Beispiel der Gesellschaft für Schwerionenforschung in Darmstadt und den Forschungsreaktoren im Kernforschungszentrum Karlsruhe und in Grenoble.

Prof. Schopper hat diese auswärtigen Aktivitäten der Arbeitsgruppen seines Institutes von Anfang an gefördert. Er hat frühzeitig erkannt, daß auch auf dem Gebiet der Niederenergie-Kernphysik für die universitäre Arbeit Großgeräte für zukunftsorientierte Forschungsgebiete zur Verfügung stehen müssen, damit die Hochschulen Träger des wissenschaftlichen Fortschritts in Forschung und Ausbildung bleiben können. Er hat diese seine Überzeugung bei den zuständigen Gremien mit Nachdruck vertreten. Als einer der ersten Initiatoren **hat er** wesentlich zur Gründung der Gesellschaft für Schwerionenforschung beigetragen, im besonderen zur Wahl des für die

Frankfurter Universität günstigen Standorts im Rhein-Main-Gebiet.

Neben seinen Institutsaufgaben nahm Herr Schopper stets die Pflichten der akademischen Selbstverwaltung auf sich, unter anderem zweimal als Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät beziehungsweise des Fachbereichs Physik. Er war Mitglied oder Leiter einer Reihe von überregionalen Gremien, unter anderem der Deutschen Atomkommission in Sicherheitsfragen kerntechnischer Anlagen, der „Organisation for Economic Cooperation and Development" in Haftungsfragen der Kernenergie und der Arbeitsgruppe „Space Biophysics" im „Joint Commitee of Science and Technology" des Europarates.

Schoppers eigene Forschungsarbeiten entwickelten sich aus der Tradition des Regenerschen Instituts. Sie begannen mit Pionierarbeiten zur Entwicklung von Kernspuremulsionen, mit denen er verschiedene Aspekte der nuklearen Komponente der kosmischen Strahlung untersuchte. Auch nach der Übernahme seines Amtes als Institutsdirektor hat er es trotz der damit verbundenen Arbeitsbelastung verstanden, ein breit angelegtes, eigenes Forschungsprogramm aufzubauen, dessen Schwerpunkt sich von der Untersuchung der kosmischen Strahlung auf die mit den heutigen Hochenergiebeschleunigern zugänglichen relativistischen Schwerionen-Stoßprozesse verlagerte.

In konsequenter Fortsetzung seiner früheren Arbeiten mit Kernspuremulsionen konzentrieren sich Schoppers experimentell-methodische Untersuchungen seit Jahren auf die grundlegende Weiterentwicklung der Meßtechnik in der Erforschung und Herstellung von Festkörper-Teilchenspurdetektoren und auf die videoelektronische, rechnergesteuerte Analyse der Teilchenspuren. Seine Arbeitsgruppe ist die einzige, der es gelungen ist Silberchlorid-Detektoren zur Einsatzreife zu entwickeln und auch großflächig herzustellen.

Für die Anwendung dieser AgCl-Detektoren in strahlenbiologischen und mikrodosimetrischen Untersuchungen bei Weltraumflügen im Rahmen des Apollo-Programms wurde ihm und seiner Gruppe der „NASA Group Achievement Award" der amerikanischen Raumfahrtbehörde verliehen. Eines der jüngsten Experimente, das die Wirkung hochionisierender Teilchen auf biologische Objekte im Rahmen der europäischen Kooperation „Biostack" untersucht, wurde im Herbst 1983 in Spacelab 1 durchgeführt. Seine Untersuchungen hochenergetischer Kern-Kern-Stöße mit Teilchenspurdetektoren an den Beschleunigern in Berkeley, Dubna und bei CERN in Genf führten in fruchtbarer Zusammenarbeit mit der theoretischen Arbeitsgruppe von Prof. Greiner zu weitreichenden Ergebnissen auf dem Gebiete kollektiver Phänomene in Kernmaterie, zum Beispiel dem Auftreten von Mach-Schockwellen, die weltweit Beachtung gefunden haben und entscheidende Impulse für weitere Experimente an Großlaboratorien gegeben haben.

Im Augenblick steht im Mittelpunkt seines Interesses die Deutung der in den Kern-Kern-Stößen beobachteten sprunghaften Änderung der Kerntemperaturen und ihr vermuteter Zusammenhang mit dem Auftreten von Teilchen anomalen Wirkungsquerschnittes.

Erwin Schopper hat seine Begeisterung für die Physik und seinen Ideenreichtum stets an seine Schüler und Mitarbeiter weitergegeben und so eine anregende und fruchtbare wissenschaftliche Atmosphäre geschaffen, in der sich die verschiedenen Arbeitsgruppen frei entfalten konnten. Sein organisatorisches Talent, verbunden mit seiner stets freundlichen, verbindlichen Art, aber doch festen und beharrlichen Haltung, hat in seinem Institut zu einer zielstrebigen und mit Freude bejahten Teamarbeit geführt. Alle Angehörigen des Instituts erinnern sich gerne an die Jahre unter der Leitung von Herrn Schopper mit der interessanten und arbeitsfreudigen Aufbauphase und der kontinuierlichen Weiterentwicklung in den darauf folgenden Jahren.

Erwin Schopper kann auf ein mit Hingabe gelebtes, ausgefülltes Leben als Wissenschaftler und Hochschullehrer zurückblicken.

Seine Gesundheit und Schaffensfreude mögen ihm noch lange erhalten bleiben.

Manfred Müller
Klaus Stelzer

Personalien

Rechtswissenschaft

Prof Dr. Wolfgang Naucke hat den Ruf auf ein strafrechtliches Ordinariat an der Universität Wien abgelehnt.

Geschichtswissenschaften

Prof. Dr. Eike Haberland (Institut für Historische Ethnologie und Frobenius-Institut) ist in den Senat der Deutschen Forschungsgemeinschaft wiedergewählt worden.

Aus den Gremien

Ständiger Ausschuß für Datenverarbeitung

Wichtigstes Thema im Ständigen Ausschuß für Datenverarbeitung war die Netzwerkplanung für den neuen Großrechner SPERRY 1100/91. Dieser wird nach einer Umbauzeit von Mitte Juli bis Mitte Oktober zur Verfügung stehen. In der Zwischenzeit wird ein Notbetrieb an der Universtiät Marburg, wohin die bisherige UNIVAC 1100/61 umgesetzt wird, aufrechterhalten werden. Nach Umfrage bei den Fachbereichen werden insgesamt 151 neue Datenendgeräte an die SPERRY 1100/91 zusätzlich angeschlossen werden. Weiterhin werden 61 Anschlüsse bereitgestellt, an die Mikrocomputer oder andere Datenverarbeitungsgeräte angeschlossen werden können. Für die neuen Datenendgeräte wie auch die Anschlüsse hatte der StA V im März Unkostenbeiträge festgelegt, aus denen Datenendgeräte bezahlt werden und durch die hohe Zahl von Datenendgeräten und Anschlüssen auftretende Engpässe an der Anlage durch Beschaffung zusätzlicher Hardware beseitigt werden können.

Ständiger Ausschuß für Organisationsfragen, Angelegenheiten der Forschung und des wissenschaftlichen Nachwuchses

Der StA II hat in seiner Sitzung vom 14. 6. 1984 die Beendigung der Gründungsphase für den Fachbereich Informatik zum 30. 9. 1985 beschlosen. Das bedeutet, daß der Fachbereichsrat im Sommersemester 1985 genau wie die anderen Fachbereichsräte auch gewählt wird und nicht mehr die Mitglieder des Gründungsfachbereichsrates durch den StA II eingesetzt werden. Der Fachbereich Informatik war 1977 gegründet worden. Weiterhin hat der StA II die Einrichtung eines Zentrums für Umweltforschung beschlossen. Hierzu findet sich in dieser Ausgabe ein gesonderter Bericht. Eingerichtet wurde auch eine „Gemeinsame Kommission für fachbereichsübergreifende Fragen der Lehrerausbildung". Für diese Kommission sind folgende Aufgaben vorgesehen:

- die Entwicklung von Grundsätzen für die Strukturierung der Lehrangebote in den Grundwissenschaften bzw. für Studienordnungen für die Grundwissenschaften
- die Koordinierung der Studienberatung in den Grundwissenschaften
- die Praktikumsordnung für lehrerausbildende Studiengänge
- die Weiterentwicklung des Orientierungsrahmens für schulpraktische Studien.
- die Mitwirkung bei Entwicklung und Koordinierung von Stellungnahmen zur Prüfungsordnung für die Lehrämter
- Erarbeitung und Überwachung koordinierender Regelungen für die fachbereichsübergreifenden Probleme der Lehr- und Studiengänge

Die besonderen Fachkompetenzen der Fachbereiche werden durch die Gemeinsame Kommission nicht berührt. Die Gemeinsame Kommission soll eng mit den Fachbereichen zusammenarbeiten und diesen Gelegenheit zu Stellungnahmen geben. Mit der Genehmigung durch den Minister für Wissenschaft und Kunst wird die neue Gemeinsame Kommission auch die Aufgaben der „Gemeinsamen Kommission Praktikumsordnung" übernehmen und gleichzeitig ein Nachfolgegremium für den früheren Beirat für Lehrerbildung am Didaktischen Zentrum darstellen. Der StA II stimmte der Promotionsordnung und der Habilitationsordnung für Evangelische Theologie fest zu. Er legt die Vorlesungszeit für das WS 1985/86 auf Montag, den 14. 10. 1985, bis Samstag den 15. 2. 1986 fest. Vorlesungsfrei sind 23. 12. 1985 und 4. 1. 1986.

Ständiger Ausschuß für Lehr- und Studienangelegenheiten

Der Ständige Ausschuß I hat in seinen Sitzungen am 24. 5. und 5. 7. 1984 der Einführung der Studiengänge

— Evangelische Theologie mit dem Abschluß einer 1. (kirchl.) theologischen Prüfung sowie
— Evangelische Theologie mit dem Abschluß Diplom-Theologe (evang.)

und den entsprechenden Studienordnungen unter einer Reihe von Vorbehalten grundsätzlich zugestimmt. Zu den wichtigsten Vorbehalten gehört die noch ausstehende Zustimmung der Ev. Kirche von Hessen und Nassau zur Einführung des Pfarrerstudiengangs an unserer Universität und zu den von der Kirche für diesen Studiengang zu erbringenden Lehrleistungen.

Auf seiner Sitzung am 5. 7. 1984 hat der StA I außerdem die Studienordnungen für

— den Teilstudiengang Ev. Theologie (fachwissenschaftlicher und fachdidaktischer Bereich) und für den Teilstudiengang Ev. Glaubenslehre (Didaktik des Grundstufeninhalts) mit dem Abschluß Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Grundschulen
— den Teilstudiengang Ev. Theologie mit dem Abschluß Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Haupt- und Realschulen
— für den Teilstudiengang Ev. Theologie mit dem Abschluß Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien
— für den Teilstudiengang Ev. Theologie mit dem Abschluß Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Sonderschulen

zustimmend zur Kenntnis genommen.

Nachdiplomkurs „Berufsfelder der Roh- und Grundstoffindustrie in der Dritten Welt"

Im Auftrag des Centrums für Internationale Migration und Entwicklung (CIM) veranstaltet die TU Clausthal einen sechsmonatigen Nachdiplomkurs für ausländische Absolventen deutscher Hochschulen, die beabsichtigen, in ihre Heimatländer zurückzukehren, um dort eine berufliche Tätigkeit auszuüben. Der Kurs wendet sich besonders an Naturwissenschaftler und Ingenieure, die beabsichtigen, in der Roh- und Grundstoffindustrie sowie benachbarten Bereichen zu arbeiten. Neben einem berufsfeldorientierten Seminarteil, der in Clausthal stattfindet, ist ein viermonatiges Traineeprogramm in einem Industriebetrieb im In- oder Ausland vorgesehen. Kursbeginn ist der 15. September 1984. Die Teilnehmer erhalten ein Stipendium des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Weitere Auskünfte und Anmeldungen bei der Zentralen Einrichtung für Weiterbildung und Auslandsstudien der TU Clausthal, Robert-Koch-Str. 42, 3392 Clausthal-Zellerfeld.

Erwerbstätigkeit – Ausgaben – Wohnung – Essen

Auszug aus der 10. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes

Mit diesem Beitrag beenden wir die auszugsweise Veröffentlichung der Zusammenfassung der 10. Sozialerhebung. Auf Seite 8 folgt ein ergänzender Bericht, der auf die speziellen Frankfurter Daten eingeht. Er wurde von Heidemarie Barthold, Referentin für Statistik in der Präsidialabteilung, geschrieben.

Die Erwerbstätigkeit der Studenten

Erwerbstätigkeit nimmt zu

Der Anteil der Studenten, der auf Werkarbeit zur Finanzierung des Studiums zurückgreift, ist stark angestiegen. Finanzierten 1979 noch 31 Prozent der Studenten ihr Studium ganz oder teilweise durch Werkarbeit, so sind es im Jahre 1982 bereits 42 Prozent.

Etwas relativiert wird dieses Ergebnis dadurch, daß die Zahl der Studenten, die sich überwiegend (mehr als 80 Prozent der Einnahmen) aus Werktätigkeit finanzieren, sich nicht in der gleichen Intensität erhöht hat. Der Anteil dieser Studenten lag 1979 bei 7,8 Prozent. Er ist im Jahre 1982 auf 8,5 Prozent gestiegen.

In den meisten Fällen ist Werktätigkeit nach wie vor eine Zusatzquelle zur Hauptfinanzierung. Dieses geht auch aus der Verteilung der einzelnen Einnahmehöhen aus Werkarbeit hervor: Zwei Drittel der Studenten verdienen unter 300 DM hinzu. Etwa 13 Prozent über 700 DM.

Bei den 50 Prozent der Studenten, die überhaupt Einnahmen aus Werkarbeit beziehen, machen die Einkünfte aus Werkarbeit einen unterschiedlichen Anteil an den Gesamteinkünften aus. Bei 28 Prozent der Studenten liegen die Einkünfte aus Erwerbstätigkeit unter 40 Prozent, bei 14 Prozent machen sie 41 bis 80 Prozent des Gesamteinkommens aus und bei 8,5 Prozent mehr als 80 Prozent.

Unter Berücksichtigung der Hauptquellen des studentischen Einkommens, der Elternzuwendungen und der BAföG-Förderung, wird deutlich, daß die Aufnahme von Werkarbeit hauptsächlich dem Zwang unterliegt, eine geringere Elternzuwendung, hauptsächlich aber eine geringere BAföG-Förderung auszugleichen.

Ältere Studenten übermäßig erwerbstätig

Aus dem durchschnittlichen Einkommensprofil der Normalstudenten ohne Einnahmen aus Werkarbeit wird ersichtlich, daß Elternzuwendungen und BAföG-Förderung einschließlich der unbaren Zuwendungen in der Regel ein solides Einkommensfundament bilden (ungefähr 700 DM). Der Vergleich mit der Gruppe mit häufiger Werkarbeit (41 bis 80 Prozent Anteil der Selbstfinanzierung), macht jedoch deutlich, daß auch über die Notwendigkeit hinaus, ausfallende Quellen wettzumachen, hinzuverdient wird. Bei ihnen wird das Einkommenfundament von knapp 500 DM um weitere 500 DM aufgestockt.

Die Erwerbstätigkeit ist bei den älteren Studenten am stärksten verbreitet. Berücksichtigt man nur die homogene Gruppe der Normalstudenten, so ergibt sich als altersbedingter Effekt, daß nicht nur die Anteile der Erwerbstätigen zunehmen, sondern auch immer höhere Einkommen aufgrund der Erwerbstätigkeit erzielt werden.

Immer mehr Werkarbeit während der Vorlesungszeit

Der deutliche Trend unter den Studenten zu mehr Werkarbeit läßt sich so kennzeichnen, daß in erster Linie mehr Studenten arbeiten, nicht aber so sehr, daß der einzelne Student mehr arbeitet. So sind die durchschnittlichen Arbeitsstunden je Woche im Semester und in den Ferien sogar leicht zurückgegangen: In den Ferien 1979 27 und 1982 25 Wochenstunden, im Semester 1979 16 und 1982 12 Wochenstunden.
Es wird aber durchgängiger gearbeitet, d. h. die Werkarbeit verlagert sich zunehmend auch in die Vorlesungszeiten. Die altersbedingten Unterschiede im Arbeitsrhythmus, bei den Jüngeren viele Stunden in wenigen (Ferien-) Wochen und bei den Älteren durchgehende mittlere Stundenbelastungen, führen im übrigen — wenn man den Gesamtstundenaufwand vergleicht — zu einer gewissen Nivellierung der Unterschiede. Von den jüngeren Erwerbstätigen arbeiten im Sommersemester 36 Prozent mehr als 210 Stunden, von den älteren Erwerbstätigen arbeiten 41 Prozent mehr als 210 Stunden.

Konjunkturelle und regionale Einflüsse

Erste Anzeichen werden sichtbar, daß konjunkturelle Veränderungen die Arbeitsmöglichkeiten beschneiden: Gegenüber 1979 hat der Anteil derjenigen, die vergeblich Arbeit gesucht haben, leicht zugenommen.

Stärker noch als konjunkturelle Arbeitsmarktveränderungen bestimmen regionale Unterschiede des Stellenmarktes die Häufigkeit der Werkarbeit: Die höchsten Anteile erwerbstätiger Studenten finden sich in den großstädtischen Universitätsstandorten: TU Berlin 56 Prozent, Uni Frankfurt 52 Prozent, Uni Köln 45 Prozent.

Die geringsten Erwerbstätigkeitsquoten sind in den kleineren Universitätsstädten zu finden: Regensburg 21 Prozent, Gießen 28 Prozent, Würzburg 29 Prozent.

Die monatlichen Ausgaben der Studenten

Zur Methode

Wie bei den bisherigen Sozialerhebungen (seit 1973) wurde zur Ermittlung der regelmäßigen monatlichen Ausgaben ein um entsprechende Fragen erweiterter Fragebogen an eine Untermenge der befragten Studenten verschickt. Die Ergebnisse über die monatlichen Ausgaben eines ledigen, außerhalb des Elternhauses wohnenden Studenten im Erststudium (Normalstudent) basieren auf 1255 verwertbaren Fragebogen von Studenten aller an der Sozialerhebung beteiligten Hochschulen.

Bei bisherigen Sozialerhebungen wurden allein auf der Basis von Barausgaben die Zentralwerte für einzelne Ausgabearten (wie Ernährung, Miete, usw.) berechnet und der durch Addition dieser Zentralwerte errechnete Gesamtbetrag als Normwert für die monatlichen Gesamtausgaben bezeichnet. Im Rahmen der 10. Sozialerhebung sind neben den Barausgaben auch die Leistungen berücksichtigt worden, die als unbare Zuwendungen Dritter — überwiegend der Eltern — zu verbuchen sind. Hierbei handelt es sich u. a. um Naturalleistungen bei der Ernährung, die Mietzahlung, die von den Eltern unmittelbar an den Vermieter des Studenten überwiesen wird — folglich Leistungen, die für den Studenten notwendig sind, aber bei seinen Barausgaben nicht auftauchen.

Die Ergebnisse für die einzelnen Ausgabearten setzen sich also zusammen aus Barausgaben und/oder unbaren Zuwendungen.

Der nunmehr ausgewiesene Betrag für die regelmäßigen monatlichen Gesamtaufwendungen ist kein „konstruierter" Normwert, sondern es handelt sich dabei um den Mittelwert der tatsächlichen Ausgaben.

Regelmäßige monatliche Ausgaben: 820 DM

Die regelmäßigen Gesamtaufwendungen eines ledigen Studenten im Erststudium, der nicht mehr bei den Eltern wohnt, betrugen im Sommer 1982 im arithmetischen Mittel 820 DM. Der entsprechende Zentralwert liegt bei 780 DM, d. h. 50 Prozent der Studenten haben geringere Ausgaben und 50 Prozent höhere Ausgaben.

Der Gesamtetat des Durchschnittsstudenten stellt sich dann wie folgt dar: Miete 242 DM (29,5 Prozent), Ernährung 212 DM (25,9 Prozent), Fahrtkosten (einschl. Auto) 111 DM (13,5 Prozent), Lernmittel 53 DM (6,5 Prozent), Körperpflege 19 DM (2,3 Prozent), Sonstiges 183 DM (22,3 Prozent).
Für außerordentliche Aufwendungen wie Einrichtung der Wohnung, eine Ferienreise, größere Lernmittel u. a. m. hatten rund 90 Prozent der Normalstudenten während der zwölf Monate vor der Befragung zusätzliche Ausgaben, die sich auf durchschnittlich 2176 DM pro Jahr summieren. (Zentralwert: 1700 DM).

Einsparungen — Mehrausgaben

17,6 Prozent der Normalstudenten sehen keine Möglichkeit, an irgendwelchen Ausgaben zu sparen. Die häufigsten Nennungen unter dem Aspekt Sparen fielen auf die Ausgabepositionen „Theater, Film, Konzert, Kneipe" (33 Prozent), „Ernährung" (32 Prozent) und „Auto" (28 Prozent). Mehr Geld, falls es zur Verfügung stände, würde man ausgeben für „Theater, Film, Konzert, Kneipe" (37 Prozent), „Lernmittel" (32 Prozent) und „Ferienreisen" (32 Prozent).

Einnahmen und Ausgaben — eine Bilanz, die nicht immer aufgeht

Eine rechnerische Bilanzierung der Einnahmen und der regelmäßigen monatlichen Ausgaben zeigt, daß 12 Prozent der Normalstudenten erheblich mehr ausgeben als sie einnehmen, 48 Prozent ein annähernd ausgeglichenes Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben haben und 40 Prozent über deutlich höhere Einnahmen verfügen, als sie für die regelmäßigen monatlichen Ausgaben aufwenden müssen.

Nach der Summe gefragt, die notwendig wäre, um „ohne Schwierigkeiten" auskommen zu können, wurden durchschnittlich 936 DM (Zentralwert: 899 DM) genannt.

800 DM benötigt ein Student im Monat

Der objektive Geldbedarf, der für Lebensunterhalt und Ausbildung eines Studenten (Normalstudent: ledig, außerhalb des Elternhauses lebend, im Erststudium) notwendig ist, liegt unterhalb der Wunschwerte. Als ein Indiz für den durchschnittlichen Lebensstandard wird üblicherweise das arithmetische Mittel oder der Zentralwert der empirischen Verbrauchswerte benutzt.

Legt man den Zentralwert zugrunde, da er weniger leicht durch Extremwerte beeinflußt werden kann als das arithmetische Mittel, so ist für die Abgrenzung eine Bedarfswertes auszugehen von den Gesamtausgaben: 780 DM und Gesamteinnahmen: 800 DM

Berücksichtigt man, daß der Zentralwert für Ausgaben keine einmaligen, besonders hohen Ausgaben enthält, auch diejenigen nicht, die ohne Zweifel notwendig sind (Kleidung, größere Lernmittel), so dürfte der lebensnotwendige Bedarf eher dem Zentralwert der Einkommen entsprechen, also 800 DM.

Da die arithmetischen Mittel für Einnahmen und Ausgaben deutlich über dem Zentralwert liegen, wird mit dem Zentralwert von 800 DM eher ein knapp bemessener Bedarf ausgewiesen. Der Bedarfswert von 800 DM kann als ein Anhaltspunkt für die Überprüfung der Bedarfssätze gemäß Bafög herangezogen werden.

Die Wohnung der Studenten

Trend zur eigenen Wohnung hält an, Anteil in Wohngemeinschaften lebender Studenten stagniert

Die Entwicklung der studentischen Wohnformen war in den letzten 15 Jahren geprägt vom Rückgang des Anteils von Studenten, die zur Untermiete wohnten und der Zunahme von Studenten, die eine eigene Wohnung allein, mit Partner oder in Form einer Wohngemeinschaft bewohnten. Allein oder mit dem Partner bewohnen mittlerweile 39 Prozent der Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen und 38 Prozent der Fachhochschulstudenten eine eigene Wohnung. Nach wie vor leben Fachhochschulstudenten seltener in Wohngemeinschaften als Universitätsstudenten (FH: 13 Prozent, wissH: 22 Prozent).

Fachhochschulstudenten wohnen dagegen wesentlich häufiger bei ihren Eltern (FH: 32 Prozent, wissH: 22 Prozent).

Wahl der Wohnform abhängig vom Geschlecht, Studienfach, Studiendauer und Familienstand

Während Studenten der Ingenieurwissenschaften zu 34 Prozent bei ihren Eltern wohnen, liegt der entsprechende Anteil bei den Gesellschaftswissenschaftlern und Medizinern nur bei 14 Prozent bzw. 15 Prozent. Umgekehrt leben nur 12 Prozent der Ingenieurstudenten in Wohngemeinschaften, aber 26 Prozent der Gesellschaftswissenschaftler.

Weibliche Studenten leben wesentlich seltener bei ihren Eltern (20 Prozent) als ihre männlichen Kommilitonen (26 Prozent), dafür häufiger in Wohngemeinschaften (wb: 20 Prozent, ml: 16 Prozent).

Mit zunehmender Dauer des Studiums wohnen die Studenten immer seltener bei ihren Eltern (1. u. 2. Sem.: 36 Prozent, 7. u. 8. Sem.: 22 Prozent, 13. u. 14. Sem.: 14 Prozent). Ebenso sinkt die Zahl der Untermieter und Bewohner von Studentenwohnheimen kontinuierlich ab. Der Anteil Studenten in Wohngemeinschaften steigt dagegen von 13 Prozent zum Studienbeginn auf 20 Prozent im 6. Studienjahr, um dann bei noch längerer Studiendauer wieder auf 16 Prozent zu sinken. Den stärksten Zuwachs kann das Wohnen in einer eigenen Wohnung verzeichnen. Während zu Beginn des Studiums nur 26 Prozent in dieser Wohnform leben, steigt dieser Prozentsatz mit zunehmender Semesterzahl bis auf 66 Prozent an.

Erwartungsgemäß leben vor allem ledige Studenten bei ihren Eltern (33 Prozent), während Verheiratete fast ausschließlich in einer eigenen Wohnung zu finden sind (88 Prozent). Dabei ist der Anteil Verheirateter, die in einer eigenen Wohnung leben, an wissenschaftlichen Hochschulen seit 1979 noch einmal von 80 Prozent auf 89 Prozent gestiegen.

Starke Unterschiede zwischen Wunsch und Wirklichkeit studentischen Wohnens

Die Wohnwünsche der Studenten haben sich seit 1979 kaum verändert. Nach wie vor wünschen sich knapp die Hälfte aller Studenten eine eigene Wohnung (46 Prozent), ein weiteres knappes Drittel (29 Prozent) möchte in einer Wohngemeinschaft und ein Zehntel in einem Studentenwohnheim leben. Dagegen wird das Wohnen bei den Eltern nur von 6 Prozent, zur Untermiete nur von 4 Prozent der Studenten präferiert.

Wunsch und Wirklichkeit des studentischen Wohnens liegen vor allem beim Wohnen im Elternhaus, zur Untermiete und in Wohngemeinschaften weit auseinanader. Die Differenzen gehen jedoch in verschiedene Richtungen. Während insgesamt 34 Prozent aller Studenten bei den Eltern oder zur Untermiete wohnen, würden nur 10 Prozent eine dieser Wohnformen bevorzugen, wenn sie die freie Wahl hätten. Umgekehrt verhält es sich bei den Wohngemeinschaften. Bisher leben nur 17 Prozent aller Studenten in dieser Wohnform, aber 29 Prozent würden gern in eine Wohngemeinschaft ziehen. Hinsichtlich der Wohnheime gibt es keinen großen Unterschied zwischen Wunsch (10 Prozent) und Wirklichkeit (12 Prozent). Diese Unterschiede zwischen Wunsch und Wirklichkeit des studentischen Wohnens bestanden 1979 in fast identischem Ausmaß.

Wohnungssuche — ein Problem nicht nur für Studienanfänger

Die Wohnungssuche findet naturgemäß am häufigsten in den ersten beiden Semestern statt. 49 Prozent aller Studienanfänger sind zu Beginn ihres Studiums auf Wohnungssuche. Der Rest wohnt zum größten Teil noch bei den Eltern. Im Verlauf des Studiums ziehen

(Fortsetzung auf Seite 8)

Erwerbstätigkeit – Ausgaben...

(Fortsetzung von Seite 7)

allerdings immer mehr Studenten von zu Hause fort oder wechseln von Untermiete und Wohnheim in eine Wohngemeinschaft oder eine eigene Wohnung. Die Wohnungssuche ist daher kein typisches Studienanfängerproblem. Sie betrifft zwischen dem 3. und 8. Semester noch 27 bis 30 Prozent aller Studenten und bleibt selbst in höheren Semestern noch für 22 Prozent der Studenten aktuell.

Alleinstehende finden schneller eine Wohnung

Nach der Dauer der Wohnungssuche zu schließen, scheint es für einen Studenten am einfachsten zu sein, ein Zimmer zur Untermiete zu finden. Mehr als die Hälfte der Bewerber hatte bereits nach einem Monat ein solches Zimmer gefunden. An zweiter Stelle rangiert das Zimmer in einem Wohnheim oder eine allein bewohnte eigene Wohnung. Hier hatten knapp 40 Prozent nicht länger als einen Monat suchen müssen. Relativ schnell kann ein alleinstehender Student auch einen Platz in einer Wohngemeinschaft finden. Immerhin ein Drittel dieser Gruppe hat die Suche innerhalb eines Monats beendet. Sucht man jedoch gemeinsam mit dem Partner eine Unterkunft, verlängert sich die Dauer der Wohnungssuche weiter. Am schwersten haben es dann die Paare, die in eine Wohngemeinschaft ziehen. Ihre Suche dauert in knapp der Hälfte aller Fälle länger als drei Monate.

Wohnungsvermittlung vorrangig durch Bekannte

Bei der Wohnungsvermittlung spielen Hinweise von Bekannten eine herausragende Rolle. 41 Prozent aller Wohnungen wurden letztendlich durch persönliche Kontakte gefunden. Studenten, die über persönliche Kontakte nicht verfügen — z. B. Studienanfänger —, sind also bei der Wohnungssuche von vornherein stark benachteiligt. Die größte Rolle spielen die persönlichen Kontakte bei der Suche nach einer Wohngemeinschaft, die geringste bei der Bewerbung um einen Wohnheimplatz.

Zeitungsanzeigen von Vermietern stehen bei der Suche nach einer eigenen Wohnung oder Wohngemeinschaft an zweiter Stelle der Erfolgsskala (18 bis 26 Prozent). Alle anderen Vermittlungsinstanzen spielen hier nur eine untergeordnete Rolle.

Heimatorte der Untermieter und Wohnheimbewohner am weitesten vom Hochschulort entfernt

Die durchschnittlich geringste Entfernung zwischen dem Heimatort der Studenten und dem Hochschulort findet sich — abgesehen von den Elternwohnern — bei den Studenten mit eigener Wohnung, die größte bei den Untermietern und Wohnheim-Bewohnern. Diese unterschiedliche räumliche Herkunft der Studenten verschiedener Wohnformen könnte auf ihre Chancen, bestimmte Arten der Wohnungsvermittlung in Anspruch zu nehmen, zurückzuführen sein. Je weiter der Heimatwohnsitz eines Studenten vom Hochschulort entfernt liegt, desto weniger hat er die Chance, eine Wohnung über die Vermittlung durch Bekannte oder Zeitungsanzeigen zu suchen. Dies sind jedoch die erfolgversprechendsten Methoden, eine eigene Wohnung oder Wohngemeinschaft zu finden. Studenten aus weit entfernten Heimatorten werden sich bei der Wohnungssuche eher an die speziell für Studenten arbeitenden Vermittler wie Studentenwerk, AStA u. ä. wenden, die vorrangig Zimmer zur Untermiete oder im Wohnheim anbieten.

Häufige Heimreise bei Untermietern und Wohnheim-Bewohnern

Obwohl sie am weitesten vom Elternhaus entfernt leben, fahren knapp zwei Drittel aller Untermieter mindestens 14täglich zu ihren Eltern, bei Heimbewohnern sind es nur geringfügig weniger. 60 Prozent der Untermieter und 48 Prozent der Wohnheimbewohner verbringen auch die Semesterferien bei ihren Eltern. Es läßt sich vermuten, daß Studenten, die in einer dieser Wohnformen leben, größere Schwierigkeiten als andere haben, neue soziale Kontakte am Hochschulort aufzubauen. Obwohl sich die Wohnungen dieser Studenten zum überwiegenden Teil direkt am Hochschulort und bei Heimbewohnern sogar in der Nähe der Hochschule selbst befinden, sind die Bewohner dieser Unterkünfte doch hinsichtlich ihrer sozialen Kontakte hauptsächlich an ihren Heimatort gebunden.

Weitere Abnahme einer Pkw-Benutzung, Trend zum Fahrrad hält an

Bereits seit 1973 ist an den wissenschaftlichen Hochschulen der Anteil derjenigen Studenten, der mit einem Pkw zur Hochschule fährt, rückläufig. In den letzten drei Jahren hat sich dieser Prozentsatz noch einmal um ein knappes Viertel von 40 auf 32 Prozent reduziert. Dabei fährt nur etwa jeder vierte Student allein mit einem Auto zur Hochschule, neun Prozent nutzen bereits die Möglichkeit einer Fahrgemeinschaft. Der Rückgang der Pkw-Benutzung schlägt sich in einem weiteren Anstieg der Radfahrer nieder (1979: 15 Prozent, 1982: 22 Prozent).

Bei der Wahl der Verkehrsmittel unterscheiden sich Fachhochschulstudenten wesentlich von den Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen. Während an den Universitäten insgesamt 37 Prozent zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Hochschule kommen, beträgt dieser Anteil bei den Fachhochschulstudenten nur 26 Prozent. Dagegen benutzen Studenten an Fachhochschulen häufiger einen Pkw oder die Bundesbahn (FH: 24 Prozent, wissH: 15 Prozent). Interessant ist, daß die häufigere Nutzung des Autos allein auf die größere Zahl von Fachhochschulstudenten in Fahrgemeinschaften zurückzuführen ist (FH: 14 Prozent, wissH: neun Prozent).

Die Ernährung der Studenten Ernährungsgewohnheiten wie übrige Bevölkerung

Studenten unterscheiden sich im Durchschnitt weder bei den Tageszeiten ihrer Mahlzeiten noch bei der Verteilung der Nahrungsaufnahme über den Tag wesentlich von ihren Mitbürgern. Nur sechs Prozent verzichten auf ein Frühstück. 73 Prozent nehmen mittags eine warme Mahlzeit zu sich, bei 32 Prozent verlagert sich die warme Mahlzeit auf den Abend. Die warme Mahlzeit am Mittag oder Abend deckt etwa 40 Prozent des täglichen Nahrungsbedarfs, Frühstück und kaltes Mittag- oder Abendessen zwischen 21 und 29 Prozent, zusätzliche Zwischenmahlzeiten 11 bis 13 Prozent.

38 Prozent der Studenten besuchen regelmäßig (mindestens dreimal pro Woche) die Mensa

Das Mittagessen wird von 38 Prozent der Studenten mindestens dreimal in der Mensa eingenommen. 44 Prozent der Studenten besuchen die Mensa nie. Männliche Studenten (48 Prozent) benutzen die Mensa häufiger regelmäßig als weibliche (25 Prozent), Verheiratete (29 Prozent) seltener als Ledige (41 Prozent). Von den Studenten, die in einem Wohnheim oder zur Untermiete wohnen, gehen mehr als die Hälfte regelmäßig in die Mensa, von den übrigen Studenten lediglich jeder dritte.

Geschmack des Essens und hektische Atmosphäre wichtigste Gründe, nicht in der Mensa zu essen

Nach den Gründen für einen Verzicht auf das Angebot eines verbilligten Mittagessens in der Mensa befragt, nennen 52 Prozent derjenigen Studenten, die selten oder nie in die Mensa gehen, daß ihnen das Essen dort nicht schmecke. Fast ebenso viele beklagen sich über die hektische Atmosphäre. Lange Warteschlangen vor der Essensausgabe schrecken 29 Prozent, und jeder vierte Student klagt über ungünstige Veranstaltungstermine.

Als Alternative zum Mensaessen wird von 33 Prozent der Studenten die tägliche warme Mahlzeit regelmäßig zu Hause eingenommen. Kalte Mahlzeiten werden außerdem von 13 Prozent zusätzlich in Cafeterien oder Erfrischungsräumen verzehrt. Nur zwei Prozent der Studenten nehmen regelmäßig warme Mahlzeiten in einer Gaststätte zu sich.

Sozialerhebung für Frankfurt

Bei der 10. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks im Sommersemester 1982 hatte die Universität Frankfurt als eine der beteiligten Hochschulen erstmals die Möglichkeit, Auswertungen der Befragung nur für die Frankfurter Studenten zu erhalten. Damit können die Studiensituation und der soziale Hintergrund der Studenten in Frankfurt mit der Situation des „durchschnittlichen" bundesdeutschen Studenten verglichen werden. Ausgewertet wurden jedoch nur die Fragen, die von einer genügend großen Zahl von Studenten beantwortet wurden und bei denen die Stichprobe repräsentativ ist. Hier wird nur auf die Punkte eingegangen, in denen die Ergebnisse für Frankfurt deutlich von den Gesamtergebnissen abweichen.

Angaben zur Person

Der Anteil der weiblichen Studenten ist auch an der Universität Frankfurt in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Bedingt durch das Fächerangebot (ein hoher Anteil von geisteswissenschaftlichen Studiengängen und Lehramtsstudiengängen) ist er mit 45 Prozent sogar höher als im Bundesdurchschnitt mit 41 Prozent. Die Studenten in Frankfurt sind im allgemeinen älter als andere Studenten. Diese Unterschiede sind im wesentlichen dadurch bedingt, daß hier der Anteil der Studenten, die das Abitur auf dem zweiten Bildungsweg erlangt haben, vergleichsweise hoch ist (s. Studiensituation).

Die Studiensituation

Die Studiensituation der Studenten an der Universität Frankfurt erweist sich in vielen Punkten als von der Situation anderer Studenten abweichend. Dies zeigt sich schon bei der Form des Hochschulzugangs. Bundesweit haben 90 Prozent der Studenten das Abitur an einem Gymnasium erlangt, in Frankfurt nur 87 Prozent. Dagegen liegt in Frankfurt der Anteil der Studenten, die das Abitur an einem Abendgymnasium abgelegt haben, mit 7 Prozent deutlich höher als im Bundesdurchschnitt mit 3 Prozent. Eine Erklärung hierfür findet sich in der Tatsache, daß es im direkten Einzugsgebiet der Universität Frankfurt verhältnismäßig viele Abendgymnasien gibt. Da Abiturienten an Abendgymnasien in der Regel festere soziale Bindungen in ihrer Umgebung haben und weniger flexibel sein können, bevorzugen sie in stärkerem Maße eine Universität, an der sie studieren können, ohne ihre Umgebung zu verlassen.

Die Fachgebiete, in denen Abiturienten an Abendgymnasien sowohl bundesweit als auch in Frankfurt am stärksten vertreten sind, sind Psychologie, Soziologie und Medizin. Der Anteil dieser Fächer am gesamten Fächerspektrum ist in Frankfurt sehr viel größer als im Bundesdurchschnitt, so daß auch dadurch die hohe Zahl von Abiturienten an Abendgymnasien in Frankfurt erklärt wird.

Da an der Universität Frankfurt bedeutend mehr Studenten über den zweiten Bildungsweg die Hochschulzugangsberechtigung erlangt haben, ist auch der Anteil der Studenten, die bereits eine berufliche Ausbildung haben, mit 15 Prozent höher als an anderen wissenschaftlichen Hochschulen mit 11 Prozent als Durchschnittswert. Während bundesweit die Fächergruppen Wirtschafts-, Soizal- und Ingenieurwissenschaften einen besonders hohen Anteil an Studenten mit einer beruflichen Vorbildung haben, gehören in Frankfurt auch die Studiengänge Medizin und Psychologie mit einem herausragenden Anteil von Studenten des zweiten Bildungsweges dazu.

Von den Frankfurter Studenten haben etwas weniger gleich nach dem Abitur das Studium begonnen (50 Prozent) als im Bundesdurchschnitt (54 Prozent). Der nach dem Wehr-, Ersatzdienst am häufigsten genannte Grund für die Wartezeit ist der Numerus clausus im gewünschten Studienfach. Bundesweit haben 21 Prozent und in Frankfurt 27 Prozent der Studenten mit Wartezeit dies als Grund angegeben.

Von den befragten Studenten haben bundesweit 22 Prozent und in Frankfurt 27 Prozent das Studienfach mindestens einmal gewechselt. Als häufigste Gründe für den Fachwechsel werden von den Studenten falsche Vorstellungen über das alte Studienfach und ein größeres Interesse für das neue Fach genannt. Damit wird deutlich, daß nach wie vor eine endgültige Entscheidung für ein Studienfach für einen großen Teil der Studienanfänger aufgrund ungenügender Informationen nicht möglich ist.

Daß in Frankfurt verhältnismäßig viele Studenten ihr Studienfach gewechselt haben, kann verschiedene Ursachen haben. Die von den Studenten angegebenen Gründe für den Fachwechsel unterscheiden sich nur wenig von denen der anderen befragten Studenten. Schlechte Kontakte zu Kommilitonen und Dozenten, die an einer Massenuniversität wie Frankfurt sicher eher auftreten als an kleineren Universitäten, werden von den Frankfurter Studenten etwa häufiger als Grund genannt. Dies allein kann jedoch keine Erklärung sein.

Der Wechsel an eine andere Hochschule kann ein Indiz für deren Attraktivität sein. Der Anteil der Studenten, die die Hochschule mindestens einmal gewechselt haben, ist in Frankfurt mit 18 Prozent geringfügig höher als im Bundesdurchschnitt mit 16 Prozent. Auf Fächergruppen bezogen zeigt sich ein sehr unterschiedliches Bild. Während in den Sprach- und Kulturwissenschaften, in denen bundesweit der Anteil der Hochschulwechsler relativ hoch ist, in Frankfurt nur ein geringer Anteil der befragten Studenten die Hochschule gewechselt hat, liegt dieser Anteil in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften überdurchschnittlich hoch. Insbesondere ist dies in den Wirtschaftswissenschaften durch das besondere Verteilungsverfahren der ZVS bedingt.

Die Wohnung der Studenten

Bei der Wohnform gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Studenten in Frankfurt und dem Bundesdurchschnitt, die bedingt sind durch die besondere regionale Lage der Universität Frankfurt. Frankfurt hat ein großes direktes Einzugsgebiet, das verkehrsmäßig relativ gut erschlossen ist. So kann gut ein Drittel der Studenten (bundesweit nur 22 Prozent) bei den Eltern wohnen, was für viele Studenten eine erhebliche finanzielle Erleichterung bedeutet. Dagegen wohnen mit etwa 2 Prozent der befragten Studenten erheblich weniger Studenten zur Untermiete als bundesweit mit 10 Prozent. Auch in Studentenwohnheimen wohnen unterdurchschnittlich wenige Studenten (5 Prozent gegenüber 11 Prozent bundesweit), allerdings ist dies abhängig von der Zahl der angebotenen Wohnheimplätze. Diese Zahl ist in Frankfurt, bezogen auf die große Studentenzahl, sehr niedrig.

Auch die Wohnwünsche der Studenten in Frankfurt unterscheiden sich etwas vom Bundesdurchschnitt. So möchten hier mehr als die Hälfte (bundesweit 46 Prozent) der Studenten in einer eigenen Wohnung und mehr als ein Drittel (bundesweit 29 Prozent) in einer Wohngemeinschaft leben. Nur jeweils halb soviel Studenten möchten in einem Studentenwohnheim oder zur Untermiete wohnen. Insgesamt können die Studenten in Frankfurt ihre Wohnwünsche etwas weniger häufig realisieren als die Studenten in anderen Städten.

Aufgrund des weiträumigen Einzugsgebietes unterscheiden sich die Verkehrsmittel, die die Studenten für den Weg zur Hochschule benutzen, auffal-

(Fortsetzung auf Seite 9)

Symposium: Öffentlichkeitsbezogene Institutionen und Raumentwicklung

„Öffentlichkeitsbezogene Institutionen und Raumentwicklung. Einwirkungsmöglichkeiten und Realisierung im Verdichtungsraum" war das Thema eines Symposiums am 11. Mai 1984, das die Gesellschaft für regionalwissenschaftliche Forschung Rhein-Main (REGIO-RHEIN-MAIN) e. V. in Zusammenarbeit mit dem Institut für Kulturgeographie der Universität Frankfurt am Main veranstaltete. Satzungsgemäßes Ziel der Gesellschaft ist es, Verdichtungsgebiete — und unter ihnen besonders die Region Rhein-Main — regionalwissenschaftlich zu erforschen, ihre Probleme öffentlich zu diskutieren und Konzepte für die Regionalplanung zu entwickeln.

Einleitend begrüßte der Vorsitzende der REGIO-RHEIN-MAIN, Professor Dr. K. Wolf, die Referenten sowie die etwa 60 Tagungsteilnehmer aus Wissenschaft und Politik, von Ministerien, Verbänden und Planungsinstitutionen. Die Tagung sollte folgende Fragen, auf die die einzelnen Referenten aus ihrer jeweiligen Sicht näher eingingen, beantworten:

— Woher nehmen die politischen Planungsträger ihre Planungsziele?

— Wie ist in den entsprechenden Gesetzen die Einwirkungsmöglichkeit öffentlichkeitsbezogener Institutionen (besonders Träger öffentlicher Belange) auf die Konzepte zur Raumentwicklung geregelt?

— Welche Raumentwicklungskonzepte haben ökonomisch-, sozial-, arbeitnehmerorientierte Institutionen für die zukünftige Raumentwicklung?

— Was fordern bzw. schlagen diese Institutionen für die Raumentwicklung vor?

— Ist eine stärkere und frühere Einbeziehung solcher Institutionen in den Planungsprozeß gesetzlich festzuschreiben?

Ministerialrat Dr. P. Moll vom saarländischen Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen nahm in seinem Grundsatzreferat „Zur Raumwirksamkeit des Planungspartners ‚Träger öffentlicher Belange'" Stellung. Er skizzierte die Aufgaben der Träger öffentlicher Belange im Rahmen der kommunalen Bauleit- sowie der Landes- und Regionalplanung. Dabei verdeutlichte er die gesetzlich fixierten Einwirkungsmöglichkeiten der verschiedenen, am Planungsprozeß beteiligten Stellen und verwies auf die Notwendigkeit, daß diese sich gründlich und sachgerecht mit den von ihnen erwarteten Äußerungen beschäftigen müßten. Kritik übte er vor allem daran, daß die dem Planungsträger abgegebenen Stellungnahmen um so fragwürdiger erscheinen würden, je enger und subjektiver die von den einzelnen Institutionen vertretenen Interessen seien. Er kam zu dem Schluß, daß der Landes- und Regionalplanung am besten mit solchen Planungspartnern gedient sei,

— die ihre Interessen in eine allgemeine Verantwortlichkeit für Raum und Umwelt einzuordnen bereit und in der Lage wären,

— die nicht kurz-, sondern langfristige Einsichten in notwendige Entwicklungen hätten und

— die die Fähigkeit zum Kompromiß bei den stets erforderlichen Abwägungen zwischen konkurrierenden öffentlichen Belangen mitbrächten.

Diplom-Volkswirt E. Ries, stellvertretender Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main, zeigte auf, wie sich raumbezogene Planung für die von ihm vertretene Institution darstellt, warum sie als Aufgabe einer Industrie- und Handelskammer anzusehen ist und wie diese in der täglichen Praxis erfüllt wird. Im ersten Teil des Referates wurde ein Überblick über die gesetzlichen Grundlagen der Planungsbeteiligung der IHK Frankfurt auf den verschiedenen Planungsebenen gegeben. Daran schloß sich eine Darstellung der Entwicklung des Rhein-Main-Gebietes, hier insbesondere der Metropole Frankfurt und der nördlichen angrenzenden Gebiete in bezug auf die Wirtschafts- und Verkehrssituation aus der Sicht der IHK Frankfurt am Main an. Das Referat schloß mit fünf Aussagen zur wünschenswerten Entwicklung im Rhein-Main-Gebiet:

— Die Weiterentwicklung in der Kernstadt Frankfurt und dem Umland darf planerisch nicht behindert werden,

— neue Arbeitsplätze erfordern die planerische Ausweisung geeigneter Flächen hierfür,

— der Landschaftsverbrauch — vor allem im Ballungsgebiet — kann nicht beliebig fortgesetzt werden,

— die zunehmende Bedeutung des Tertiären Sektors in Frankfurt darf nicht zur Monostruktur führen und

— die Infrastrukturausstattung des Raumes ist weiter zu verbessern.

Im Beitrag der Kirche stellte der Referent im Katholischen Bezirksamt der Stadt Frankfurt am Main, Diplom-Theologe P. B. Szuca, dar, in welcher Weise die Kirche raumbezogen handelt. Dieser Raumbezug wurde theologisch — also aus dem eigenen Selbstverständnis heraus — begründet. Dabei wurde deutlich gemacht, daß unter den Trägern öffentlicher Belange die Kirche einen sehr umfassenden Anspruch erhebt, für alle Belange im Sinne des Bundesbaugesetzes zuständig zu sein. Diese Institution geht davon aus, für die menschliche Gestaltung des jeweiligen Lebensraumes Verantwortung zu tragen. Im einzelnen ging der Referent auf die unterschiedlichen Organisationsformen der beiden großen Kirchen ein, und zeigte auf, wo die Institution Kirche in der jüngsten Vergangenheit auf die Planung der Stadt Frankfurt Einfluß genommen hat. Beispielsweise wirkte sie im Planungsgebiet Preungesheim-Ost mit oder nahm grundsätzlich Stellung zu der von der Stadt Frankfurt am Main vorgesehenen Bebau- und in Seckbach-Nord (Heiligenstock-Süd). Darüber hinaus nahm sie Stellung zu aktuellen Planungen, wie z. B. in Frankfurt-Nord, Am Bügel, und schaltete sich intensiv bei der Sanierung des Stadtteiles Frankfurt-Bockenheim ein. Den Abschluß des Referates bildete ein Ausblick über die Grundsätze, Wünsche und Perspektiven der Kirche zur Raumentwicklung, insbesondere in Frankfurt am Main.

H. Hochgreve, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik des DGB Hessen, referierte abschließend zum Thema „Raumentwicklung im Rhein-Main-Gebiet aus der Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes". Dabei wurde deutlich, daß der DGB vor allem Stellung bezieht zu übergeordneten Planungsmaßnahmen auf Landes- und regionaler Ebene in den Bereichen Arbeit und Umwelt. In seiner Grundaussage stellte der Referent fest, daß in Verdichtungsräumen eines der wesentlichen Probleme der zunehmende Landschaftsverbrauch sei. Dies habe negative Auswirkungen auf den Naturhaushalt, das Klima und die Naherholungsmöglichkeiten. Es gelte daher, dieser bedrohlichen Entwicklung entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang plädierte er

— für eine gezielte Wohnumfeldverbesserung und Stadtsanierung in den Kernstädten,

— für die eindeutige Bevorzugung des öffentlichen Personennahverkehrs,

— für die begrenzte Ausweisung neuer Industrie- und Gewerbegebiete,

— für einen rationellen Umgang mit natürlichen Ressourcen (z. B. Trinkwasser, Bodenschätze) sowie

— für die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen vor jeder raum- und umweltbedeutsamen Maßnahme. Hierfür soll ein integriertes Umweltkataster die Grundlage bilden.

Abschließend wurde die Forderung vorgetragen, die Arbeitnehmerorganisation bei raumwirksamen Entscheidungen stärker einzubeziehen als bisher und als ersten, dahingehenden Schritt die Bildung von Wirtschafts- und Sozialräten auf regionaler Ebene vorzunehmen.

Nach jedem Referat gab es Gelegenheit zu ausführlicher Diskussion. Wie ein roter Faden zog sich als wesentliche Aussage bei fast allen Diskussionsteilnehmern die Frage, sind z. Z. mit den sogenannten Trägern öffentlicher Belange alle gesellschaftlichen Gruppen und Bürger genügend am Planungsprozeß beteiligt und werden sie nicht im Verlauf des Prozesses häufig viel zu spät beteiligt. Eine andere Frage war, sind nicht gerade kleinere Institutionen und Organisationen häufig durch die Aufforderung zu Stellungnahmen überfordert. Die Bemerkung eines Diskussionsredners traf sicher hier den „Nagel auf den Kopf", als er eine sogenannte „Urmatrix" forderte, in die die jeweiligen Fachplanungen in ihrer konkreten Gewichtung im Sinne einer integrierten Raumplanung einzutragen seien, anders formuliert: wahrscheinlich sind in Zukunft (auch) andere gesellschaftliche Gruppen mit eigenen raumbezogenen Planungskonzeptionen früher am Planungsprozeß zu beteiligen.

Die Tagungsbeiträge werden in der Schriftenreihe „Rhein-Mainische Forschungen" publiziert. Interessenten wenden sich bitte an den Schriftleiter, Dr. F. Schymik (Tel. 798-2416).

P. Jurczek
D. Krüger-Röth

Sprachlabor auch in den Ferien geöffnet

Auch in der vorlesungsfreien Zeit steht das Sprachlabor im Didaktischen Zentrum interessierten Studenten und Mitarbeitern der Universität und der Frankfurter Hochschulen zur Verfügung, und zwar zu folgenden Zeiten:
montags, mittwochs
14—17 Uhr
freitags 10—13 Uhr
Sprachlehrprogramme sind vorhanden von Arabisch über Japanisch bis Vietnamesisch.

Das Sprachlabor befindet sich im Turm, 2. Stock. Raum 240. Telefonische Rückfragen unter 798 - 3797 oder - 3824.

Sozialerhebung...

(Fortsetzung von Seite 8)

lend von denen der Studenten anderer Hochschulorte. So fahren nur 23 Prozent mit dem Fahrrad oder kommen zu Fuß zur Universität gegenüber bundesweit 37 Prozent. Dagegen benutzen in Frankfurt 20 Prozent der Studenten die Eisenbahn und bundesweit nur 7 Prozent. Das Auto wird in Frankfurt ebenso wie an anderen Hochschulen von knapp einem Drittel der Studenten benutzt.

Die Ernährung der Studenten

Während die Ernährungsgewohnheiten der Studenten in Frankfurt ähnlich sind wie die anderer Studenten und wie die der meisten Bundesbürger, gibt es bei der Nutzung der Mensa, insbesondere für das Mittagessen, große Unterschiede zum Bundesdurchschnitt. Bundesweit nehmen 38 Prozent (an wissenschaftlichen Hochschulen 39 Prozent) der Studenten mindestens dreimal wöchentlich mittags eine warme Mahlzeit in der Mensa ein. In Frankfurt tun das dagegen nur 27 Prozent der befragten Studenten.

Die Gründe dafür, daß die Mensa nicht häufiger genutzt wird, sind bei den Frankfurter Studenten ähnlich wie bei anderen. Allerdings geben jeweils 4 Prozent mehr Studenten an, daß das Essen nicht schmeckt, zu wenig und nicht hochwertig genug ist. Zu lange Wartezeiten werden sogar von 7 Prozent mehr Studenten genannt. Ob diese Gründe allein dafür ausschlaggebend sind, daß in Frankfurt die Mensa erheblich weniger genutzt wird als bundesweit, kann allerdings anhand der vorliegenden Daten nicht beurteilt werden.

Das Einkommen der Studenten

Das Einkommen soll hier nur für die „Normalstudenten" (Studenten, die ledig sind, nicht bei den Eltern wohnen und sich im Erststudium befinden) untersucht und mit Ergebnissen der bundesweiten Befragung verglichen werden. Dem „normalen Studenten" in Frankfurt steht im Mittel mehr Geld zur Verfügung als dem Bundesdurchschnitt. Während insgesamt der Zentralwert bei 709,- DM liegt, das heißt 50 Prozent der Studenten ein niedrigeres Einkommen haben, liegt der Zentralwert für Frankfurt bei 795,- DM.

Die Finanzierungsquellen sind in ihrem Anteil für die Frankfurter Studenten mit den vorliegenden Daten nicht in der Form zu ermitteln wie für die Bundesergebnisse. Es ist jedoch erkennbar, daß der absolute Betrag der Zuwendungen aus den einzelnen Quellen (Eltern, BAföG, Verwandte und Bekannte) bei den Studenten in Frankfurt etwa der gleiche ist wie bei den anderen Studenten. Nur beim Einkommen zum eigenen Verdienst gibt es erhebliche Unterschiede, die das deutlich höhere Gesamteinkommen der Frankfurter Studenten erklären. So gibt bundesweit die Hälfte der Studenten an, überhaupt kein Einkommen aus eigenem Verdienst zu haben, in Frankfurt nur knapp ein Drittel (siehe Erwerbstätigkeit).

Die Erwerbstätigkeit der Studenten

Bei den Fragen zum Einkommen hat es sich gezeigt, daß in Frankfurt erheblich mehr Studenten neben dem Studium arbeiten, so daß ihnen im Durchschnitt mehr Mittel zur Verfügung stehen als dem „Durchschnittsstudenten". Darüber hinaus verdienen sie mehr als andere Studenten. Während bundesweit nur ein Drittel aller Studenten, die neben dem Studium arbeiten, über mehr als 300,- DM monatlich aus eigenem Verdienst verfügt, ist dies in Frankfurt gut die Hälfte.

An diesen Zahlen wird deutlich, welche Bedeutung die Hochschulregion für die Studenten hat. Frankfurt als ein Wirtschaftszentrum mit einer relativ niedrigen Arbeitslosenquote bietet den Studenten im Vergleich zu anderen Hochschulen noch relativ gute Möglichkeiten, ein Studium zu finanzieren oder die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel aufzubessern.

Heidemarie Barthold

Öffentliches Konzert

Am Mittwoch, dem 11. Juli, ab 16 Uhr,
spielen in der Gelben Mensa (Sozialzentrum)

UNI-BIG BAND

und weitere Studentengruppen

ROCK, JAZZ, FOLK

Es gibt Bier vom Faß. Der Eintritt ist frei.

Universität bildet nicht nur Studenten aus

Daß die Universität Frankfurt Studenten ausbildet, ist bekannt. Mehr als 30 000 sind in diesem Semester eingeschrieben und erhalten die „erforderlichen Fachkenntnisse und Fähigkeiten, damit sie zu wissenschaftlicher oder künstlerischer Arbeit... befähigt werden", wie es im Hochschulrahmengesetz heißt. Daß die Universität aber auch Lehrlinge ausbildet, ist selbst in der Hochschule wenig bekannt. Ihre Zahl ist neben den 30 000 Studierenden verschwindend gering: 41 Auszubildende und 9 Inspektorenanwärter im Kernbereich, dazu kommen 500 Plätze im Klinikum.

Die Palette der in der Universität lernbaren Berufe ist breit gestreut. Wer da meint, in der Hochschule gäbe es nur die klassischen Verwaltungsberufe, der irrt. Neben Inspektoren-Anwärtern für Verwaltung und Bibliothek, Verwaltungsfachangestellten und Stenosekretärinnen, hat die Universität Auszubildende für folgende Berufe:

Feinmechaniker, Elektriker, Schlosser, Elektroinstallateur, Schreiner, Gärtner, Tischler und — ein Novum an deutschen Hochschulen — Imker. Im Klinikum stehen u. a. Ausbildungsplätze für Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und MTA zur Verfügung.

Alle Ausbildungsplätze in der Universität (Kernbereich) werden in einer Tageszeitung ausgeschrieben. Mindest-Einstellungsvoraussetzung ist der Hauptschulabschluß, bei Inspektorenanwärtern das Abitur. Nach einer ersten Auswahl aufgrund der Zeugnisnoten führt die Universität mit den ausgewählten Bewerbern einen Eignungstest durch. Mathematik, Deutsch und logisches Denken umfaßt der schriftliche Teil; im praktischen Teil werden Aufgaben aus den gewählten Berufen gestellt. In einem anschließenden persönlichen Gespräch fällt die endgültige Entscheidung. Die ausgewählten Schüler tauschen die Schulbank mit einem Ausbildungsplatz in der Verwaltung oder in einem der 21 Fachbereiche.

Zwischen zwei Jahren bei Stenosekretärinnen und dreieinhalb Jahren bei Feinmechanikern dauert die Ausbildung, wobei die Auszubildenden auch wieder die Schulbank drücken müssen. Denn neben der praktischen Anleitung am Ausbildungsplatz durch die Meister und Ausbildungsbeauftragten an drei Tagen in der Woche kommen die außeruniversitären Ausbildungsmaßnahmen durch Berufs- oder Verwaltungsfachschulen. Was für die Studierenden die Studienordnungen, sind für die Auszubildnenden die Ausbildungsrahmenpläne. In ihnen werden bis ins feinste Detail die zu erlernenden Fähigkeiten und Kenntnisse aufgelistet. So regelt der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in einer Verordnung über die Berufsbildung in Gartenbau auf 19 Seiten, was ein Auszubildender können muß, um die Prüfung zum Gärtner zu bestehen. Eine Verordnung desselben Ministers regelt auch die Ausbildung zum Imker. Die exakte Berufsbezeichnung lautet „Tierwirt" und die drei Azubis im Institut für Bienenkunde müssen am Ende ihrer Ausbildung auch Fertigkeiten und Kenntnisse in der Rinder-, Schweine-, Schafs-, Geflügel- und Pelztierhaltung aufweisen. Die Meister in den Werkstätten der Liegenschafts- und Technischen Abteilung und in den naturwissenschaftlichen Fachbereichen achten ebenfalls genau darauf, daß die künftigen Feinmechaniker, Schlosser, Elektriker, Tischler oder Schreiner den „Prüfungsstoff" beherrschen.

Nach der Prüfung — das kann man nicht verschweigen — sieht es schlecht aus für die Gesellen. Selten ist eine Planstelle frei. Sie müssen die Universität verlassen. Die meisten Männer leisten erst einmal ihren Wehrdienst ab. Aber mit der Gesellenprüfung in der Tasche und einer grundsoliden und guten Ausbildung in der Universität haben sie später gute Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden.

Wie die Universität sich den Studierwilligen offen hält, so will sie auch den anderen Schülern vermehrte Ausbildungsplätze bieten, denn mit einer abgeschlossenen Ausbildung bessern sich die Aussichten auf einen Arbeitsplatz.

Ergebnis der Stupa-Wahl

(In Klammern die Zahlen von 1983)

Liste 1: Peter B. Bewegung 75 Stimmen = 1,0 (—) Prozent = 1 (—) Sitz: Peter Barth.

Liste 2: Grün-Alternative Liste (GAL) 1231 Stimmen = 16,8 (—) Prozennt = 4 (—) Sitze: Eberhard Rixecker, Gabriele Seehaus, Stephan Wirtz, Christoph Bauer.

Liste 3: RCDS 1661 Stimmen = 22,7 (21,0) Prozent = 5 (5) Sitze: Gerd Krämer, Thekla Lübbers, Ralf Heimbach, Wolfgang Mondorf, Eva-Maria Neeb.

Liste 4: Jungsozialisten Hochschulgruppe 1026 Stimmen = 14,0 (15.3) Prozent = 3 (3) Sitze: Stefanie Mohr, Thomas Obeth, Caroline Wolff.

Liste 5: MSB Spartakus/Ausländer/Unorganisierte 396 Stimmen = 5,4 (7,3) Prozent = 1 (1) Sitz: Francisco Mari.

Liste 6: Undogmatische Linke 1582 Stimmen = 21,6 (35,1) Prozent = 5 (8) Sitze: Maryam Ghafari, Harry Bauer, Karl-Heinz Endres, Lothar Eichhorn, Hans-Günther Hardt.

Liste 7: Unabhängige Fachbereichsgruppen (Giraffen) 1360 Stimmen = 18,6 (17,1) Prozent = 4 (4) Sitze: Rudi Hackel, Angelika Matzke, Beate Schüler, Peter Kunth.

Auszubildende in der Universität Kernbereich:

	insgesamt	davon weiblich
Inspektorenanwärter (Verwaltung)	5	2
Inspektorenanwärter (Bibliotheken)	4	4
Verwaltungsfachangestellte	7	6
Stenosekretärinnen	5	5
Feinmechaniker	18	—
Elektriker	1	—
Elektroinstallateure	2	—
Schlosser	1	—
Schreiner	1	—
Tischler	1	—
Tierwirte (Imker)	3	1
Gärtner	2	1

Davon entfallen auf:

Fachbereich Physik	13
Fachbereich Chemie	3
Fachbereich Biologie	7
Fachbereich Geowissenschaften	3
Verwaltung	24

Ausbildungsplätze im Klinikum:

Krankenpflege	260
Kinderkrankenpflege	75
MTA	150
gewerblicher Bereich	13

Zum 1. 8. 1984 kommen weitere zwölf Ausbildungsstellen hinzu; die Verwaltung wird dreizehn jungen Menschen einen Ausbildungsplatz (fünf Verwaltungsfachangestellte, fünf Stenosekretärinnen und drei Inspektorenanwärter) zur Verfügung stellen.

Auszubildende im Botanischen Garten. **Foto: Heisig**

Kurz notiert

Bibliothek schließt

Wegen umfangreicher und lärmintensiver Baumaßnahmen zur Instandsetzung der Außenfassade bleiben die Stadt- und Universitätsbibliothek und die Senckenbergische Bibliothek in der Zeit vom 23. Juli bis 28. Juli geschlossen.

Physikalische Anfängerpraktika

Zu allen Physikalischen Anfängerpraktika (Aufnahme erst ab 2. Semester) ist eine Anmeldung (Eintragung in Kurslisten) erforderlich Die Listen hängen vom 8. — 16. Oktober in der Eingangshalle des Gebäudes des Physikalischen Vereins, Robert-Mayer-Str. 2—4, aus.

Es wird eine ausreichende Zahl von Parallelkursen angeboten. Eine Kursliste wird geschlossen, wenn die für den Kurs maximal mögliche Teilnehmerzahl erreicht ist.

Bitte beachten Sie die Aushänge.

Institut Français

Der Beitrag „Das Institut Français — ein neuer Nachbar (Uni-Report 8) war von Dr. Hans-Joachim Lotz verfaßt worden. Sein Name fehlte leider unter dem Artikel.

Sportwissenschaften und Arbeitslehre

Der Kultusminister hat mit Erlaß vom 26. März den Fachbereich 21 Sportwissenschaften in Fachbereich „Sportwissenschaften und Arbeitslehre" umbenannt. Gleichzeitig genehmigte er die Bildung der Betriebseinheiten „Institut für Sportwissenschaften" und „Institut für Polytechnik/Arbeitslehre.

Frankfurter Studentenbühne

Nach langen Jahren besteht an unserer Universität wieder eine Studentenbühne. Sie entstand letztes Semester im Seminar „Kleists Dramen" von Prof. Dr. Hans-Dieter Zimmermann, der sie auch kräftig förderte. Kleists wenig gespieltes Jugendwerk „Die Familie Schroffenstein" war ihre erste Inszenierung, die Ende Mai im Hörsaal der Anglisten zur Aufführung kam; zu einer eindrucksvollen Aufführung, die großen Beifall fand. Die Studentenbühne will ihre Arbeit fortsetzen; wer Lust hat, mitzumachen, mag sich im Geschäftszimmer des Instituts für deutsche Sprache und Literatur II melden.

Stellenausschreibungen

Die für diese Ausgabe vorgesehenen Stellenausschreibungen sind als Uni-Report aktuell verteilt worden. In den Semesterferien werden unregelmäßig Uni-Report aktuell mit Stellenausschreibungen erscheinen. Richten Sie bitte entsprechende Anträge an die Personalabteilung.

Aufgespießt

PREUSSINSCHE STAATS-
UNIVERSITAT
FRANKFURT A. MAIN,
PREUSSEN. DEUTSCHLAND

Anschrift auf einem Brief von der Universität Tokyo

Veranstaltungen

Mittwoch, 11. Juli

Wilfried Kaib:
Kommunale Selbstverwaltung im Spannungsfeld ihrer Rahmenbedingungen
16 Uhr, Hörsaal I, Hörsaalgebäude
— Veranstalter: Universität des 3. Lebensalters

Prof. Dr. M. Klee, MPI für Hirnforschung:
Die Wirkung eines Antispastikums auf Membraneigenschaften einer Nervenzelle
15.30 Uhr, Zentrum der Physiologie, Haus 25, Konferenzraum
— Neurophysiologisches Seminar

*

Prof. Dr. Joseph Simon, Bonn:
Recht und Moral
20.15 Uhr, Dantestraße 4—6, Seminarraum 4
— Veranstalter: Fachbereich Philosophie

Donnerstag, 12. Juli

Dr. Ilse Schimpf-Herken, Berlin:
Die Alfabetisierungsproblematik in Lateinamerika
18.15 Uhr, Hörsaal B, Hauptgebäude
— Vortragsreihe: Oralkultur und Schriftkultur in Lateinamerika

Freitag, 13. Juli

Prof. Howard E. Zimmermann, University of Wisconsin:
Recent Advances in Mechanistic and Exploratory Organic Photochemistry
16.15 Uhr, Hörsaal 1 der Chemischen Institute Niederursel
— Veranstaltung im Rahmen des Organisch-Chemischen Kolloquiums

Prof. Dr. E. May, Frankfurt:
Lichtbildervortrag:
Die Entwicklung der japanischen Bildliteratur von den Anfängen bis zur Gegenwart
19 Uhr, Hörsaal H 1, Hörsaalgebäude
— Veranstalter: Deutsch-Japanische Gesellschaft, Frankfurt am Main

Studium und Korporation (Info-Abend)
19.30 Uhr, Mainzer Landstr. 50
— Veranstalter: Verein Deutscher Studenten (VDSt)

*

Prof. Carl Pomerance, Athens/USA:
How to factor a number
17.30 Uhr, Kolloquiumsraum 711 des Mathematischen Seminars, Robert-Mayer-Straße 10
— Mathematisches Kolloquium

Samstag, 14. Juli

Tagesseminar:
Psychoanalyse und Weiblichkeit. Unsere Art zu lieben.
11—17 Uhr, Alfred-Delp-Haus, Beethovenstraße 28
— Veranstalter: KSG

Ergebnisse der Wahlen

Konvent

(In Klammern die Zahlen von 1983) Wahlberechtigt 29 864, abgegebene Stimmen 6781, davon gültig 6644. Wahlbeteiligung 22,7 (25,6) Prozent.
Es entfallen auf:

Liste 1: RCDS 1504 Stimmen = 22,6 (22,5) Prozent = 6 (6) Sitze: Ralf Heimbach, Gerd Krämer, Uwe Krüger, Thekla Lübbers, Thomas Pfeiffer, Martin Wissmann.

Liste 2: Jungsozialisten-Hochschulgruppe 1264 Stimmen = 19 (21,6) Prozent = 5 (5) Sitze: Franz-Josef Hauke, Danielle Arzt, Eberhard Schott, Peter Heuß, Thomas Kreuder.

Liste 3: MSB Spartakus 411 Stimmen = 6,2 (7,7) Prozent = 1 (2) Sitz: Jocham Kaiser.

Liste 4: Unabhängige Fachbereichsgruppenn (Giraffen) 1562 Stimmen = 23,5 (19,7) Prozent = 6 (5) Sitze: Norman Müller, Torsten Schmitt-Thomas, Stefan Winter, Werner Ruhl, Ulrike Beudt, Manfred Gerz.

Liste 5: Undogmatische Linke Konventsinitiative (ULK) 1903 Stimmen = 28,6 (24,3) Prozent = 7 (6) Sitze: Bruno Waldvogel, Peter-Erwin Jansen, Harry Bauer, Hans-Günther Hardt, Tilman Wolff, Christoph Görg, Fabian Wurm.

(Der Liberale Hochschulverband, der 1983 einen Sitz errang, kandidierte in diesem Jahr nicht.)

Fachbereichsräte

Fachbereich Rechtswissenschaft

Wahlberechtigt: 3727, abgegebene Stimmen 929, davon gültig 883, Wahlbeteiligung 24,9 Prozent.

Es entfallen auf

Liste 1: Jura-Plenum: 162 Stimmen = 1 Sitz: Anja Dobat
Liste 2: UNABHÄNGIGE Fachbereichsgruppe Jura: 191 Stimmen = 1 Sitz: Christine Fuchsloh
Liste 3: JUSO-JURA: 241 Stimmen = 1 Sitz: Volker Pietsch
Liste 4: RCDS: 289 Stimmen = 2 Sitze: Thomas Pfeiffer, Martin Wissmann

Fachbereich Wirtschaftswissenschaften

Wahlberechtigt 4051, abgegebene Stimmen 1105, davon gültig 1085, Wahlbeteiligung 27,3 Prozent

Es entfallen auf:

Liste 1: UNABHÄNGIGE Fachbereichsgruppe WiWi: 286 Stimmen = 2 Sitze: Torsten Schmitt-Thomas, Werner Ruhl

Liste 2: RCDS: 380 Stimmen = 2 Sitze: Axel Hornung, Michael Kraus

Liste 3: MSB Spartakus: 47 Stimmen = kein Sitz

Liste 4: Basisgruppe „dabbel trabbel": 134 Stimmen = kein Sitz

Liste 5: JuSo-Fachbereichsgruppe WiWi: 238 Stimmen = 1 Sitz: Johanna Winkler

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften

Wahlberechtigt 1867, abgegebene Stimmen 446, davon gültig 419, Wahlbeteiligung 23,9 Prozent.

Es entfallen auf

Liste 1: Autonome Basisgruppe: 146 Stimmen = 2 Sitze: Reiner Hartel, Andreas Wernet.
Liste 2: JuSo-Hochschulgruppe: 86 Stimmen = 1 Sitz: Sven Brönner.

Liste 3: MSB Spartakus: 58 Stimmen = kein Sitz.

Liste 4: Autonome Frauengruppe 129 Stimmen = 2 Sitze: Martina Schmidhofer, Beate Szypkowski.

Fachbereich Erziehungswissenschaften

Wahlberechtigt 2338, abgegebene Stimmen 384, davon gültig 335, Wahlbeteiligung 16,4 Prozent.

Es entfallen auf:

Liste 1: 138 Stimmen = 2 Sitze: Ronald Flauaus (2. Platz unbesetzt).

Liste 2: Pädagogeninitiative: 197 Stimmen = 3 Sitze: Ursula Werder, Barbara Eicken, Ute Kallenbach.

Fachbereich Psychologie

Wahlberechtigt 685, abgegebene Stimmen 130, davon gültig 119, Wahlbeteiligung 19 Prozent.

Persönlichkeitswahl: Torsten Kunz, Francisco Mari, Monika Lammers-Goebel, Gabriele Seehaus, Christoph Bauer.

Fachbereich Religionswissenschaften

Wahlberechtigt 422, abgegebene Stimmen 116, davon gültig 99. Wahlbeteiligung 27,5 Prozent.

Es entfallen auf:

Liste 1: InteressenVertretung (IV) Politische Interessengemeinschaft (PIG): 87 Stimmen = 5 Sitze: Kirsten Jonuschat, Ksenija Radicevic, Matthias Hilgenstock, Thomas Lappel, Manuela Kiefl.

Liste 2: Der heilige Geist und die Befreiungstheorie: 12 Stimmen: kein Sitz.

Fachbereich Philosophie

Wahlberechtigt 519, abgegebene Stimmen 90, davon gültig 73. Wahlbeteiligung 17,3 Prozent.

Persönlichkeitswahl: Willi Schieren, Norbert Neumann, Rainer Brändle, Ulrich Habfast

Fachbereich Geschichtswissenschaften

Wahlberechtigt 859, abgegebene Stimmen 197, davon gültig 180. Wahlbeteiligung 22,9 Prozent.

Es entfallen auf:

Liste 1: RCDS: 41 Stimmen = 1 Sitz: Bert Worbs

Liste 2: INDF: 81 Stimmen = 2 Sitze: Antje Grosch, Arno Schäfer

Liste 3: Hinkelstein: 58 Stimmen = 2 Sitze: Birgit Höhn, Monika Recknagel.

Fachbereich Klassische Philologie und Kunstwissenschaften

Wahlberechtigt 1435, abgegebene Stimmen 207, davon gültig 146. Wahlbeteiligung 14,4 Prozent.

Persönlichkeitswahl: Johannes Breckner, Luitgard Schader, Mechthild Brüning, Michael Krügerke.

Fachbereich Neuere Philologien

Wahlberechtigt 4183, abgegebene Stimmen 670, davon gültig 633. Wahlbeteiligung 16 Prozent.

Es entfallen auf:

Liste 1: Unabhängige Fachbereichsgruppe Neuere Philologien: 136 Stimmen = 1 Sitz: Angelika Matzke.

Liste 2: Fachbereichsgruppe Neuere Philologien: 262 Stimmen = 3 Sitze: Wolfgang Schneider, Ruth Subjetzki, Heike Knoll.

Liste 3: Juso-HSG: 111 Stimmen = 1 Sitz: Hanno Loewy.
Liste 4: RCDS: 81 Stimmen + kein Sitz.

Liste 5: MSB Spartakus: 43 Stimmen + kein Sitz.

Fachbereich Ost- und Außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften

Wahlberechtigt 268, abgegebene Stimmen 57, davon gültig 45. Wahlbeteiligung 21,3 Prozent.

Es entfallen auf:

Liste 1: Stechfliegen: 25 Stimmen + 3 Sitze: Barbara Mirau, Iris Holzhäuser, Sigrid Ruland.

Liste 2: Orient for President: 1 Stimme + kein Sitz.

Liste 3: Mauerblümchen: 19 Stimmen = 2 Sitze: Elke Spielmanns, Wolfgang Behr.

Fachbereich Mathematik

Wahlberechtigt 577, abgegebene Stimmen 179, davon gültig 143. Wahlbeteiligung 31 Prozent.

Persönlichkeitswahl: Stefan Möhler, Heinz Schmidt, Bernd Kaiser, Wolfram Boenkost, Frank Horn.

Fachbereich Physik

Wahlberechtigt 609, abgegebene Stimmen 195, davon gültig 156. Wahlbeteiligung 32 Prozent.

Persönlichkeitswahl: Georg Strub, Peter Nobis.

Fachbereich Chemie

Wahlberechtigt 619, abgegebene Stimmen 230, davon gültig 217. Wahlbeteiligung 37,1 Prozent.

Es entfallen auf:

Liste 1: Unabhängige Fachbereichsgruppe Chemie: 133 Stimmen = 3 Sitze: Norman Müller, Silvia Ohde, Angela Werner.

Liste 2: AGC: 84 Stimmen = 2 Sitze: Mirjam Czjzek, Stefan Habermehl.

Fachbereich Biochemie, Pharmazie und Lebensmittelchemie

Wahlberechtigt 686, abgegebene Stimmen 131, davon gültig 116. Wahlbeteiligung 19,1 Prozent.

Persönlichkeitswahl: Siegfried Bäuerle-Kessler, Jutta Rossmanith, Ulrike Schaub, Michael Hein.

Fachbereich Biologie

Wahlberechtigt 1076, abgegebene Stimmen 241, davon gültig 211. Wahlbeteiligung 22,4 Prozent.

Persönlichkeitswahl: Marcel Schütze, Marlies Völkner, Kaspar Schulze, Winfried Kupny, Martin Dill.

Fachbereich Geowissenschaften

Wahlberechtigt 410, abgegebene Stimmen 107, davon gültig 95. Wahlbeteiligung 26,1 Prozent.

Persönlichkeitswahl: Daniel Müller, Uwe Dittmar, Bettina Mohn, Claudia Joos, Klaus Bierbaum.

Fachbereich Geographie

Wahlberechtigt 578, abgegebene Stimmen 143, davon gültig 127. Wahlbeteiligung 24,7 Prozent.
Persönlichkeitswahl: Roland Jahnel, Peter Müller-Haude, Achim Dresler, Stephan Krische, Horst Kliehm.

Fachbereich Humanmedizin

Wahlberechtigt 3961, abgegebene Stimmen 1102, davon gültig 1071. Wahlbeteiligung 27,8 Prozent.
Es entfallen auf:
Liste 1: Linke Liste Medizin: 500 Stimmen = 3 Sitze: Achim Kirschenbauer, Krishen Groß, Johannes Bars.
Liste 2: Unabhängige Fachbereichsgruppe Medizin 268 Stimmen = 1 Sitz: Ulrike Beudt.
Liste 3: RCDS 303 Stimmen = 1 Sitz: Wolfgang Mohndorf.

Fachbereich Informatik
Keine Wahl

Fachbereich Sportwissenschaften und Arbeitslehre

Wissenschaftliche Mitarbeiter
Wahlberechtigt 30, abgegebene Stimmen 28, davon gültig 28, Wahlbeteiligung 93,3 Prozent.
Es entfallen auf:
Liste 1: Sportwissenschaften 10 Stimmen = 1 Sitz: Rüdiger Preiß.
Liste 2: Polysport 18 Stimmen = 2 Sitze: Bernd Pasche, Richard Huisinga.

Studenten
Wahlberechtigt 721, abgegebene Stimmen 55, davon gültig 50. Wahlbeteiligung 7,6 Prozent.
Persönlichkeitswahl: Andrea Enders, Edith Zimmer, Wilhelm Borgmann, Stephan Katzenbach.

Sonstige Mitarbeiter
Wahlberechtigt 25, abgegebene Stimmen 10, davon gültig 10. Wahlbeteiligung 40 Prozent.
Persönlichkeitswahl: Ernst Winter.

Fachschaftsräte

Fachbereich Rechtswissenschaft

Liste 1: Unabhängige Fachbereichsgruppe Jura 207 Stimmen = 2 Sitze: Rudi Hackel, Carlo Wiegand.

Liste 2: Jura-Plenum/Offene Liste 161 Stimmen = 1 Sitz: Ingrid Bäumler.

Liste 3: Juso-Juragruppe 260 Stimmen = 3 Sitze: Ulrich Wagner, Marion Schunder, Volker Pietsch.

Liste 4: RCDS 296 Stimmen = 3 Sitze: Andreas Schneider, Bertram Heßler, Jürgen Lenz.

Fachbereich Wirtschaftswissenschaften

Liste 1: Unabhängige Fachbereichsgruppe WiWi 287 Stimmen = 3 Sitze: Axel Dauenhauer, Frank Rosenbaum, Edith Käding.

Liste 2: Juso-Fachbereichsgruppe WiWi 265 Stimmen = 2 Sitze: Benedetto Troia, Thomas Obeth.

Liste 3: Basisgruppe „dabbel trabbel" 166 Stimmen = 1 Sitz: Thomas Heimer.

Liste 4: MSB Spartakus 48 Stimmen = kein Sitz.

Liste 5: RCDS 375 Stimmen = 3 Sitze: Axel Hornung, Petra Peitz, Andreas König.

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften

Liste 1: Autonome 104 Stimmen = 2 Sitze: Christiane Kreis, Stefan Michaelis.

Liste 2: Autonome Basisgruppe 149 Stimmen = 4 Sitze: Klaus Dijksma, Rieke Häfner, Stefan Kutzner, Andreas Wernet.

Liste 3: Juso-Fachbereichsinitiative 102 Stimmen = 2 Sitze: Sven Brönner, Stephan Krems.

Liste 4: MSB Spartakus 72 Stimmen = 1 Sitz: Gerhard Moch.

Fachbereich Erziehungswissenschaften

Liste 1: Fachgruppe Sopäd 160 Stimmen = 4 Sitze: Thomas Rieger, Ulrich Recker, Petra Busmann, Friedrich Albrecht.

Liste 2: Pädagogeninitiative 196 Stimmen = 5 Sitze: Ute Kallenbach, Thomas Ewald, Ursula Werder, Manuela Jatsch, Barbara Eicken.

Fachbereich Psychologie

Persönlichkeitswahl: Bruno Waldvogel, Christoph Bauer, Francisco Mari, Gabriele Seehaus, Barbara Stiehl.

Fachbereich Religionswissenschaften

Keine Liste eingereicht, somit kein Fachschaftsrat.

Fachbereich Philosophie

Persönlichkeitswahl: Peter Ritter, Michal Janowski, Margit Milde, Peter-Erwin Jansen, Achim Volke.

Fachbereich Geschichtswissenschaften

Liste 1: IUDF 131 Stimmen = 4 Sitze: Arno Schäfer, Brigitte Klaß, Enida Delalic, Felix Hanusch.

Liste 2: RCDS 43 Stimmen = 1 Sitz: Armin Hochmuth.

Fachbereich Klassische Philologie und Kunstwissenschaften

Keine Liste eingereicht, somit kein Fachschaftsrat.

Fachbereich Neuere Philologien

Liste 1: RCDS 92 Stimmen = 1 Sitz: Sabine Lotz.

Liste 2: Fachbereichsgruppe Neuere Philologien 373 Stimmen = 6 Sitze: Nina Sybille Heyn, Bettina Raue, Michael Burhenne, Beate Riede, Dieter Müller, Heike Knoll.

Liste 2: Unabhängige Fachbereichsgruppe Neuere Philologien/Philologi(e)raffen 158 Stimmen = 2 Sitze: Angelika Matzke, Frank Hasso Wiegand.
Liste 6: MSB Spartakus 60 Stimmen = kein Sitz.

Fachbereich Ost- und Außereuropäische Sprach- und Kulturwisschenschaften

Liste 1: Stechfliegen 18 Stimmen = 1 Sitz: Stefan Hof.

Liste 2: Mauerblümchen 25 Stimmen = 2 Sitze: Elke Spielmann, Wolfgang Behr.

Fachbereich Mathematik

Persönlichkeitswahl: Stefan Möhler, Heinz Schmidt, Bernd Kaiser, Wolfram Boenkost, Frank Horn.

Fachbereich Physik

Persönlichkeitswahl: Eugen Seiwert, Georg Strub, Bertram Lenuweit, Peter Nobis, Ulrich Habel.

Fachbereich Chemie

Liste 1: Unabhängige Fachbereichsgruppe Chemie (UFC) 123 Stimmen = 3 Sitze: Norman Müller, Silvia Ohde, Jürgen Lange.

Liste 2: AGC 82 Stimmen = 2 Sitze: Michael Buchhold, Stefan Habermehl.

Fachbereich Biochemie, Pharmazie und Lebensmittelchemie

Persönlichkeitswahl: Siegfried Bäuerle-Kessler, Jutta Rossmanith, Lisa Nophut, Barbara Schuy.

Fachbereich Biologie

Persönlichkeitswahl: Erika Roth, Petra Höller, Christiane Hinninger, Karin Küppers, Hans-Joachim Schallnaß.

Fachbereich Geowissenschaften

Persönlichkeitswahl: Uwe Dittmar, Bertram Winkler, Daniel Müller.

Fachbereich Geographie

Persönlichkeitswahl: Andreas Stamm, Ursula Dietz, Heike Klamp, Peter Böhm, Walter Gengenbach.

Fachbereich Humanmedizin

Liste 1: OLIUM, Offene Liste unabhängiger Medizinstudenten 492 Stimmen = 3 Sitze: Patricia Reiner, Achim Kirschenbauer, Krishen Gross.

Liste 2: RCDS 416 Stimmen = 3 Sitze: Adrienne Dereser, Isabel Schweizer, Torsten Fabian.
Liste 3: ULIM (Undogmatische Linke Liste Medizin) 378 Stimmen = 3 Sitze: Uli Müller-Knapp, Walter Müller-Cosin, Thomas Bauer.

Fachbereich Informatik

Persönlichkeitswahl: Heiko Böcher, Peter Sommerlad, Klaus-Dieter Kunde.

Fachbereich Sportwissenschaften und Arbeitslehre

Persönlichkeitswahl: Andrea Endres, Wilhelm Borgmann, Edith Zimmer, Hugo Beutler, Joachim Reusch.

Ergebnis Studentenparlament auf Seite 10

Ökologie im Fernstudium

Die Möglichkeiten, sich außerhalb eines Studiums solides ökologisches Grundlagenwissen anzueignen, sind verschwindend gering. Um den vielen ökologisch interessierten Bürgern bundesweit Gelegenheit zu geben, sich auf diesem hochaktuellen Wissensgebiet authentisch zu informieren und weiterzubilden, hat die Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen einen Fernlehrgang „Ökologie und ihre biologischen Grundlagen" erarbeitet, den sie seit 1982 mit großem Erfolg durchführt.

Die wissenschaftliche Leitung des Projektes liegt bei dem Direktor des Instituts für Chemische Pflanzenphysiologie der Universität Tübingen, Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Helmut Metzner. Der Wissenschaftliche Beirat setzt sich zusammen aus den Professoren Dr. Borneff, Mainz; Dr. Elster, Konstanz; Dr. Lange, Würzburg und Dr. Pfennig, Konstanz. Darüber hinaus sind eine ganze Reihe weiterer namhafter Wissenschaftler an dem Projekt beteiligt.

Der Fernlehrgang wird vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft sowie vom Land Baden-Württemberg gefördert. Etwa 2700 Teilnehmer aus allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland sowie aus Österreich und der Schweiz sind gegenwärtig als Gaststudenten an der Universität Tübingen für dieses Projekt immatrikuliert.

Das Kursprogramm vermittelt in 14 etwa 100 Seiten starken Lehrheften fundierte Informationen über die Erdrinde als globalem Lebensraum, über Grundzüge der Bodenkunde, Abhängigkeiten der Lebewesen von biotischen und abiotischen Umweltfaktoren, Seen- und Fließgewässerkunde (Limnologie), Meere und Brackwasserregionen, Feucht- und Trockengebiete, Wälder sowie über „zivilisationsökologische Aspekte" wie Wasser- und Energieversorgung, land- und forstwirtschaftliche Probleme, Schädlingsbekämpfung,

Schadstoffe in den Nahrungsketten, Stadt als Lebensraum, Landschafts- und Naturschutz. Diejenigen Kursteilnehmer, die ihr Schulwissen wieder auffrischen oder Wissenslükken schließen möchten, können zusätzlich ein aus acht Lehrheften bestehendes Begleitprogramm bestellen, welches für das wesentliche Verständnis ökologischer Fragen eine sehr nützliche Ergänzung ist. In diesen „Gelben Heften" wird biologisches und chemisches Basiswissen konkret zusammengefaßt und dem Leser anschaulich vermittelt.

Kursbegleitend werden Studientage, Seminare, Laborphasen und Exkursionen angeboten, um das angelesene Wissen zu vertiefen und zu festigen. Für die Großräume Bremen, Oldenburg, Hildesheim, Lüneburg, Essen, Köln und Frankfurt haben die lokalen Universitäten und Hochschulen die Betreuung der Kursteilnehmer anläßlich dieser Präsenzveranstaltungen übernommen, so daß zur Wahrnehmung der kursbegleitenden Präsenzprogramme für die Teilnehmer keine allzu weiten Anreisewege anfallen.

Die Teilnahme an den Präsenzveranstaltungen ist freiwillig und ohne Einfluß auf den späteren Erwerb des Abschlußzertifikats. Dieses kursbegleitende Angebot soll den Schritt vom angelesenen Wissen zur eigenen Anschauung erleichtern und dazu anregen, unsere Umwelt mit kritischen Augen zu beobachten, um deren akute Gefährdung, und damit die Bedrohung unserer eigenen Existenz, präziser zu erkennen. Studientage, Seminare und Laborphasen werden kostenlos angeboten und sind durch die Kursgebühren gedeckt. Für Exkursionen werden anteilige Beiträge zur Dekkung der anfallenden Unkosten erhoben.

Im März dieses Jahres hat das Didaktische Zentrum der Johann Wolfgang Goethe-Universität die Durchführung der kursbegleitenden Präsenzveranstaltungen für den Großraum Frankfurt übernommen. Das Betreuungsgebiet ist groß und reicht von Kassel über Würzburg, Mannheim, Saarbrücken bis nach Koblenz. Federführend hier ist Frau Dr. Balser vom Arbeitsbereich „Fernstudium und Weiterbildung". Die fachliche Betreuung, die Abstimmung der angebotenen Veranstaltungen auf die jeweiligen Lehrhefte sowie die Koordination der Veranstaltungen erfolgt durch Mitarbeiter des Fachbereichs Biologie.

Der nächste Lehrgang beginnt im Oktober 1984. Anmeldungen sind noch möglich. Interessenten können sich informieren bei Frau Dr. Balser, Didaktisches Zentrum, Tel. 798-3809 oder bei Herrn Müller, Zoologisches Institut, Tel. 798-4711. Kostenloses Informationsmaterial kann über folgende Anschrift angefordert werden: Fernlehrgang Ökologie, Albrechtstraße 9, 7400 Tübingen.

H. B. Müller

Warnung vor dem Dieb

Die Diebe gehen wieder um und haben leider ein leichtes Spiel. Hier eine Handtasche auf dem Schreibtisch oder dort ein Jackett über der Stuhllehne. Ein schneller Griff und weg sind Tasche oder Portemonnaie. Die Aufregung ist anschließend groß: Man war doch nur einmal hinausgegangen, um eine Kopie zu machen, oder dem Kollegen im Nachbarzimmer eine Akte zu bringen. Wie auch immer, die Bürodiebe sind schneller und mit unglaublicher Dreistigkeit gerade auf solche Situationen gedrillt.

Ein Blick durch die offenstehende Tür ins leere Zimmer, ein schneller Griff und dann nach draußen auf die belebte Straße oder in größeren Gebäuden auf die nächste Toilette. Dort nimmt sich der Dieb die Wertsachen und wirft den Rest meistens in den Spülkasten.

Wie schützt man sich vor diesen Bürodieben?

- Wertsachen gehören in den Schreibtisch oder Schrank und sollen eingeschlossen werden.
- Beim Verlassen des Zimmers abschließen und den Schlüssel abziehen, auch wenn man eben nur mal ins Nachbarzimmer geht.
- Wenn Ihnen verdächtige Personen auf dem Flur begegnen, fragen Sie, was sie suchen oder zu wem sie wollen. Begleiten Sie die Person zu dem entsprechenden Raum. (Ein wirklicher Besucher wird dafür dankbar sein. Der Dieb jedoch wird sich schnell aus dem Staub machen.)
- Ertappen Sie einen Dieb, rufen Sie Kollegen zur Hilfe und informieren Sie die Polizei.
- Wenn Sie bestohlen wurden, suchen Sie sofort die nächsten Toiletten ab. Der Dieb will mit seiner Beute nicht erwischt werden und sortiert dort die für ihn nützlichen Dinge aus und wirft den Rest oft in den Spülkasten.

Lassen Sie es erst gar nicht soweit kommen. Darum: Wertsachen einschließen. Bürotür beim Verlassen des Raumes abschließen.

Geben Sie dem Dieb keine Chance!

Benefizkonzert zugunsten der Universität Tel Aviv

Am 2. 9. 1984 findet um 19 Uhr im großen Sendesaal des Hessischen Rundfunks ein öffentliches Konzert mit dem Sinfonie-Orchester des Hessischen Rundfunks unter der Leitung von Eliahu Inbal statt. Für das Konzert hat Herr Josef Buchmann eine Reihe von Eintrittskarten gestiftet, die an interessierte Studenten und Mitglieder der Universität abgegeben werden können. Die Karten sind bei der Pressestelle der Universität anzufordern.

Spendenaufruf: Bäume für den Campus

Der Campus zwischen Sozialzentrum und Hauptgebäude, Studentenhaus und Juridicum ist eine fast durchgehend geschlossene Betonfläche. Durch die darunterliegende Tiefgarage ist es nicht möglich, diese Betonwüste „aufzuforsten". Nur bescheidene Pflanzenkübel und der Brunnen mit Wasserspiel lockern die Fläche auf, die täglich von Tausenden passiert wird.

Nur an einer Setlleistesmöglich, Bäume zu pflanzen: vor dem Studentenhaus (Kommunikationszentrum). Hier liegt unter dem Beton noch die alte Jügelstraße, und darunter schließlich Erde.

Dies nimmt der Uni-Report zum Anlaß, zu einer Spendenaktion aufzurufen: „Bäume für den Campus".

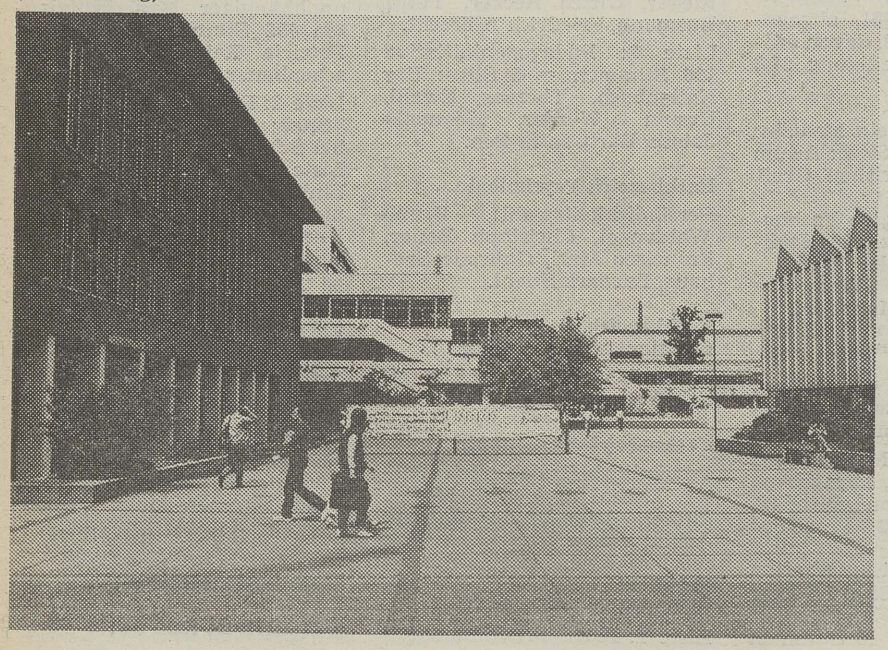
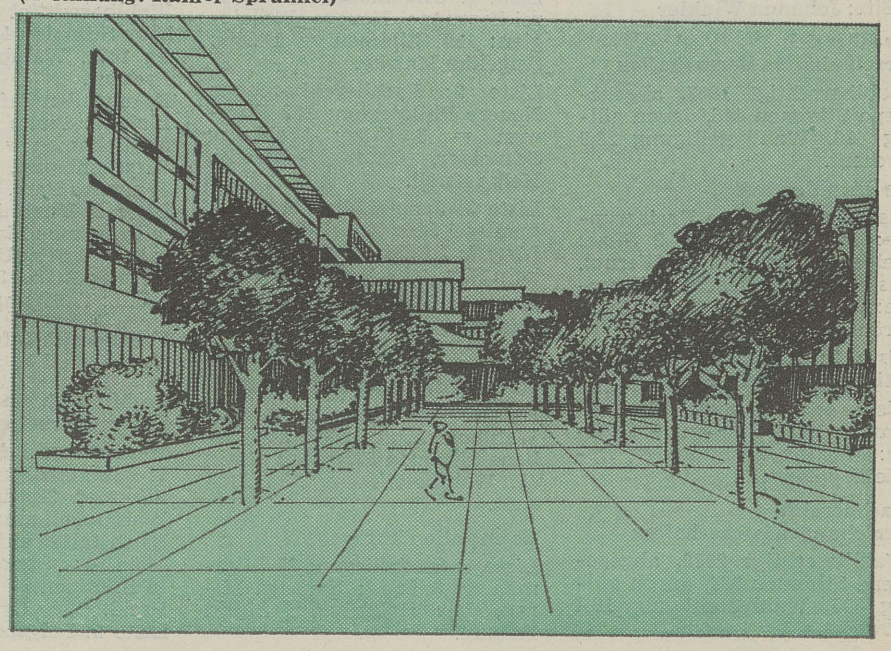
Wenn jedes Mitglied der Universität nur 1,— DM stiftet, kommen ca. 35 000,— DM zusammen, die es erlaubten, 16 Platanen zu pflanzen.

Spenden Sie für die Aktion „Bäume für den Campus".

Eine ausreichend große Sammelbüchse ist bereits vorhanden. Der Wahlbriefkasten an der Poststelle wird dazu umfunktioniert. Sie können aber auch Ihre Spende auf das Konto Nummer 28 605 bei der Stadtsparkasse Frankfurt, BLZ 500 501 02, zugunsten Titel 28 273 / 531 140 Stichwort „Bäume für den Campus" überweisen.

Wir danken für jede Spende.

Campus: Sommer 1984 . . .
(Foto: Heisig)



. . . und (hoffentlich) 1985
(Zeichnung: Rainer Sprunkel)